

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die erste Augusthälfte 4000.— Mk. für Fleischleibend. Einzelverkaufspreis 3000 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht gesetzte Zeitungen oder deren Raum 10000.— Mark, auswärtige 12000.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 8000 Mk., für Reklamen 40000.— Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle.
1905 nur Redaktion.

Lübecker

Volksboten

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 183.

Mittwoch, 8. August 1923.

36. Jahrgang.

Große Koalition?

Zur Politik der Partei.

II.

Dr. L. Bübed, 8. August.

In unsern gestrigen Ausführungen kamen wir zu dem Schluss, daß Cuno unter allen Umständen verschwinden muß. Heute haben wir uns mit der Frage zu beschäftigen, was an Cunos Stelle treten soll.

Die Frage der Koalitionen taucht auf.

Die deutsche Reichsverfassung ist ausgeholt nach dem Muster des westlichen Parlamentarismus. Hauptsächlich England war für Hugo Preys Vorbild, vielleicht auch Frankreich.

Trotzdem hat der deutsche Parlamentarismus andere — sehr unterschiedliche — Formen angenommen. England wird auch heute noch nach dem Zweiparteiensystem regiert. Ist die eine Partei am Ende mit ihrem Latein, dann folgt die andere. Oder das Volk entscheidet. In Frankreich liegt die Macht bei den „Personlichkeiten“. Briand wird gestürzt von Poincaré; dann folgt eben Poincaré. Und zwar regiert dann der Neue solange, bis auch er seinen „Tiger“ findet, der ihn verschlingt.

In Deutschland regiert nicht die mächtigste Partei. Bei der Zersplitterung des deutschen Volkes in sechs Parteien gibt es ja etwas überhaupt nicht, ebensowenig wie es eine regierungsfähige Opposition gibt. Und in Deutschland regieren auch nicht Persönlichkeiten. Dazu sind die Parteien zu festgefügten und zu gut diszipliniert.

Der deutsche Parlamentarismus arbeitet also wohl nach dem Muster der westlichen Demokratie. Er besitzt aber nicht die Mittel und Voraussetzungen Westeuropas. Er ist also eine Halbheit. Und danach sind auch seine Handlungen und seine Früchte.

Von Anfang an war der deutsche Reichstag dazu verurteilt, Koalitionspolitik zu treiben. Das ging, solange eine große Idee diese Koalition wenigstens äußerlich zusammenhielt. Z. B. war die bekannte Linkskoalition bis zum Kapp-Putsch deshalb extraligal, weil sie das Ziel hatte, die Republik als Frucht der Revolution zu bauen und zu sichern. Nachdem aber die Interessen der einzelnen Stände und Parteien mehr und mehr in den Hintergrund traten, mehr und mehr das treibende Motiv der Parteien wurden, konnte die Koalitionsbildung nichts anderes mehr sein, als ein abscheulicher Kuhhandel. Ein Kuhhandel, bei dem der anständige Parlamentarismus zu Grunde ging, und bei dem schließlich auch Deutschland selbst elendiglich in den Abgrund schlittern mußte.

In der heutigen stürmisch-schwankenden Zeit mit Halbwerten und Kompromissen zu regieren, ist ebenso unmöglich, wie das Ausschöpfen der Öffnung mit einem Fingerhut. Der bisherige Erfolg hat es ja bewiesen! Jede Maßnahme blieb in der Beratung stecken; wurde zehnfach beschritten und gestutzt; und kam schließlich als trauriger Wechselbalg zur Welt, wenn es längst zu spät war.

Heute steht der Dollar auf rund sechs Millionen. In den nächsten Wochen wird der Proletarier froh sein, wenn er seinen Magen mit trotem Brot vollstopfen kann. Proletarierfirder werden statt Milch lauwarmes Wasser trinken. Der Arbeiter wird barfuß zur Fabrik gehen; seine Kinder wird er ohne Hand zur Schule schicken. Industrie und Großhandel häufen Riesengewinne; die Landwirtschaft macht, was sie will. Steuern zahlt nur der arme Teufel; der Reiche aber zahlt nicht. Sondern benutzt das Geld nur, um stets aufs neue den Strick des Wuchers um den Hals des Volkes zu legen.

Unsere Außenpolitik aber steht am Ende ihrer Weisheit. Der Kuhkampf kann zusammenbrechen wann er will. Und die Republik kann zum Teufel gehen, wann sie mag. Die ganze Welt zieht mit der Schulter, wenn von Deutschland die Rede ist: ein Volk in höchster Not, im letzten Elend — und nichts geschieht. Die Regierung schlafet oder berät; der Schieber tanzt Schimmen; und der Proletarier verhungert. Koalitionspolitik!

Sollte das alles noch nicht Lehre gering sein? In allen Koalitionen ist die Sozialdemokratie und damit die Arbeiterschaft zuletzt doch betrogen worden. Was haben unsere Proteste gegen die Aufhebung der Brothbewirtschaftung genutzt? Was unsere Forderung nach Ordnung der Finanzen? Man stimmt sie einfach nie zu und ging dann nach Belieben zur Tagesordnung über.

Aber: von der bisherigen Koalitionspolitik sollten wir endgültig geheist sein! Wir — sind es bestimmt! Und die Arbeitermassen auch.

Was aber soll an die Stelle dieser Koalition treten? Der „Vorwärts“ beschäftigte sich ausführlich mit dieser Frage. Es gibt keinen anderen Ausweg, so meint er fatalistisch, als Koalitionen. Denn die Mehrheit des Reichstages sei eben bürgerlich; und eine Reichstagsneuwahl könne uns zwar einige hunderttausend Stimmen aus dem bürgerlichen Lager zuführen, aber nicht die Mehrheit ändern.

Diese Auffassung des „Vorwärts“ ist richtig, solange man mit lärmstiger Affenleiche an der bisherigen streng englisch-parlamentarischen Regierungsform hängt. Eben solange wird aber auch das Berliner Regierungselend dauern. Wir müssen deshalb nach besserer Regierungsform umschau halten. Das würde keineswegs eine Niederkunft der Verabschiedung bedeuten, sondern ihre Au-

passung an die Entwicklung, an die Notwendigkeit des Staatslebens entsprechend dem Geiste der Verfassung.

Der „Vorwärts“ weiß, wie schon gesagt, nur den einen Ausweg: Große Koalition! Was diese große Koalition sozial erreichen würde, das wollen wir zunächst bei Seite liegen. Die grundsätzliche Frage ist wichtiger: Ist sie instande, eine starke und rücksichtlose Regierung zu bilden, wie wir sie unter allen Umständen brauchen? Bedeutet sie endlich eine Reinigung unseres Parlamentarismus von dem Gestüpp der kompromisslosen Halbheiten? Entspricht sie der ungeheurem Not des Augenblicks? Nein! Niemals!

Ein Kabinett, in dem ein Stresemann neben einem Brüderlein, ein Becker neben einem Hilfsserling, ein Hermanns neben einem Hartmann, wäre der Höhepunkt des Zwietrweins, wäre der Kuhhandel in Reinkultur. Und wer sollte die im Parlamentarismus unbedingt notwendige regierungsfähige Opposition machen? Vielleicht die Deutschnationalen, zusammen mit den Kommunisten? O Jammer und Schmerz!

Die große Koalition, der letzte Ausweg, wäre also gar kein Ausweg. Sondern nur ein Hinausschieben der Entscheidung! Wäre eine Galgenstrafe für alle jene, die jetzt noch nicht genug haben. Die jetzt noch vor der Verantwortung zum fühen Entschluß zurücktreten. In wenigen Monaten stünden wir auss neuer vor der entscheidenden Frage. Inzwischen hätten wir mit unserer Stresemann-Wurstlei das Vertrauen der Massen verloren. Für nichts und wieder nichts! Denn dann rachte es recht und unerbittlich die Frage auf: Was nun?

Nein, die Entscheidung muß jetzt schon fallen. Die große Koalition sei ferne von uns! Wir können mit dem Kapitalismus, der uns an den Rand des Verderbens geführt hat, auch nicht ein einziges Stückchen Brot zusammen essen. Wir können heute den Satz wiederholen, den wir nach Götzsch schrieben: Nicht mit dem Kapitalismus können wir Deutschland retten, sondern nur gegen den Kapitalismus!

Aber wie? Wir haben den Weg vor kurzem gewiesen! Nachdem die Rechtskoalition schmählich versagt hat, verlangen wir die Linkskoalition! Dazu müssen wir die Rechtskoalition stützen und dann für die Linkskoalition den entscheidenden Einsatz fordern. Demokraten und Zentrum machen vielleicht nicht mit — unter solchen Voraussetzungen. Schön! Dann machen wir es allein! Dann bilden wir eben eine reine sozialistische Regierung! Der ungeheure Beifall des gesamten arbeitenden Volkes ist uns gewiß! Und die Millionencharaktere der Gewerkschaften werden hinter uns stehen!

Und der Reichstag? Er wird auch dann wieder servieren, hin und her. Er wird nicht wissen, was er will. Vielleicht wird er gar protestieren! Gut! Dann schläft man ihn nach Hause. Und schreibt Neuwahlen aus. In der Zwischenzeit aber haben wir dann zu beweisen, daß wir die entschlossene Absicht und den festen Willen haben, Ordnung zu schaffen. Ordnung im Innern, Ordnung des Finanz- und Steuertweins, und kurzen Prozeß dem Schieber und Buchertum! Und vernünftiges Handeln endlich auch nach außen!

Wenn wir Beweise bringen, dann wird das Volk auf unserer Seite stehen. Dann wird der neue Reichstag ein anderes Gesicht bekommen. Und wenn das Volk in seiner Mehrheit trotz allem noch dumm bleibt — wir hören schon diesen Einwand — dann brauchen wir noch lange nicht zurückzuweichen; denn auch dann ist die Macht immer noch auf unserer Seite; und ein Ausweg bietet sich dem Mutigen jederzeit.

Wir hören jetzt schon, wie das Bürgerium aufdrücken wird: Verfassungsbruch! Verrat!

Nicht daß der Sichtbare der Verfassung lebt, ist wichtig, sondern daß die deutsche Republik lebt, und daß das eigene Volk nicht verzweigt.

Es kommt auf den Mut zur Tat an. Wer den Namen eines Politikers verdienten will, der muß den Mut zur Verantwortung haben, muß selbst den Mut aufbringen, einmal ein Experiment zu wagen. Wenn man immer im voraus wüßte, wie alles ausfällt, so könnte jeder Esel Staatsmann spielen.

Mut zur Verantwortung unterscheidet den Politiker vom Biertrödelchwäger. Und wir müssen aus dem Elend heraus! Wir müssen! Das Messer steht uns an der Gurgel! Und der Bürgerkrieg, von dem so viele erzählen, ist das beste Mittel, um uns dieses Messer in die Gurgel hineinzubohren. Ihn müssen wir unter allen Umständen vermeiden.

Die scheinbar entschlossene Tat kann noch viel retten. Und sie würde auch jene unzähligen indifferenten Arbeiter, die heute verdrossen und verbittert sind, wieder hinter unsere Fahne reißen. Der Wind und Parolendurst der Kommunisten aber würde von der Straße und aus den Betrieben weggefegt werden, wie die Fäden des Altwiebershammers im ersten Herbststurm. Der letzte Proletarier, der seine Verantwortung noch beisammen hat, wäre dann wieder bei uns. Wäre ein Kämpfer für die Sozialdemokratie.

Auf zur Tat! Es gilt unserem Vaterlande, es gilt dem gesamten arbeitenden Volk! Und es geht auch um unsere Partei!

Vor der Reichstagsöffnung.

Keine Regierungskrise?

III. Berlin, 8. August.

Die heutige Sitzung des Reichstages wird der Reichskanzler mit einer kurzen Rede eröffnen, in der er auf die allgemeine Lage zu sprechen kommen wird und insbesondere zu der öffentlich-politischen Lage Stellung nehmen wird, wie sie sich nach der englischen Regierungserklärung für Deutschland ergibt. Es wird dann in großen Umrissen diejenigen Steuervorlagen und Finanzmaßnahmen der Regierung dem Reichstag vorlesen, die eingebracht werden sind, um unter den von gegebenen Umständen die Fortführung des politischen Widerstandes zu ermöglichen. Die einzelnen Berlizen wird der Reichsfinanzminister Hermann ausführlich begründen, und danach wird sich der Reichstag vermutlich verstetzen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, in den Ausschreibungen der Regierung Stellung zu nehmen und eventuell Erweiterungsvorschläge zu den Vorlagen der Regierung einzubringen. Da es sich bei der Eröffnung des Reichstages in erster Linie um die schlemmige Erledigung der eingebrochenen Steuervorlagen handelt, so kommt das Einbringen eines Vertrauensvotums für die Regierung Cuno nicht infrage. Die Schlossenheit und der entschlossene Willen des Reichstages in der unabdingbaren Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes wird vorzugsweise dadurch zum Ausdruck kommen, daß eine Front von Hartig bis Müller die weitgehendsten und durchaus endgültigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen beschließt.

Berlin, 8. August.

Bei der Besprechung der Aktionsräder mit dem Reichskanzler erklärte der Führer des Zentrums nochmals, daß sich die Zentrumsträger einstimmig gegen den bekannten „Germar“-Vorstoß ausspricht, sodass man auf Grund der gestrigen Besprechungen antnehmen kann, daß es bei der Reichstagsabstimmung zu einer Regierungskrise nicht kommen wird. Im übrigen stimmen alle Parteien völlig darin überein, daß weitgehende finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden müssen, die den augenblicklichen katastrophalen wirtschaftlichen und finanziellen Lage gerecht werden. Die Vorstellungen der Parteien ähneln sogar noch über die der Regierung hinaus.

Besprechungen . .

Die Reichsregierung empfing am Dienstag die führenden Fraktionen des Reichstages mit Ausnahme der Kommunisten. U. a. wurde der Inhalt der für Mittwoch zu erwartenden Regierungserklärung im Zusammenhang mit der allgemeinen inner- und außenpolitischen Lage besprochen. Dr. Cuno teilte mit, daß die Regierung entschlossen ist, in Zukunft die Einnahmen des Reiches, also die Steuern wie die Einkünfte aus Eisenbahn und Post usw. auf verbindlicher Grundlage zu erhöhen, daß außerdem über ein Ausbau der bestehenden Steuergesetzgebung auf anderer Grundlage in Aussicht genommen ist. Die Parteiführer waren einmütig der Auffassung, daß alles getan werden muss, um eine Deckung der laufenden Ausgaben durch radikale Steuernmaßnahmen zu ermöglichen. Sie schlossen sich damit in einem Augenblick, in dem es seit zu spät ist, den Forderungen an, die von der Sozialdemokratie seit Monaten vertreten wurde.

Eine Rücktrittsforderung wurde im Verlaufe der Besprechung, entgegen anders lautenden Gerüchten, an die Regierung nicht gestellt. Es ist nicht zu bestreiten, daß Herr Cuno ein derartiges Anhänger gerade in Achtung seiner augenblicklichen geistigen Verfassung nur angenehm gewesen wäre.

Mörder und Mordeinschläge.

In dem neuen Verfahren wegen Ermordung Roja Lüttwigs gegen Leutnant a. D. Krull ist die Voruntersuchung abgeschlossen worden und die Akten sind zur Erhebung der Anklage an die Staatsanwaltschaft gegeben worden.

Dieser Leutnant Krull ist auch in ein anderes Verfahren verwickelt, das ein geplantes Bombenattentat auf das Haus unseres Geschäftsführers Parous-Helpman betrifft. Man hatte beschworen, die Villa von Parous auf Schwanenwerder in Wannsee in die Lust zu sprengen, wobei der ameiernde Dr. Parous gleichzeitig ums Leben kommen sollte. Der Plan wurde vor der Ausführung durch die Polizei aufgedeckt und vereitelt. Nurzicke ist gegen Hauptmann a. D. Müller v. Haußen, den Herausgeber der „Waffen von Zion“, ferner gegen Hauptmann a. D. v. Münch, Oberleutnant Bracht und Leutnant a. D. Krull wegen Vorbereitung eines Verbrechens Anklage erhoben worden. Die Anklage wird bei der demnächst stattfindenden Verhandlung vor dem Landgericht III durch Staatsanwaltsherrn Jäger vertreten werden.

Der Zusammenbruch.

Zwei Tage freien Denksverfehrs genügten, um die Papiermark völlig zu zerstören. Am Montag abend wurde der Dollar im freien Verkehr noch mit etwa 2 Millionen gehandelt; am Dienstag vormittag jedoch er schon mit 2,4 bis 2,5 Millionen ein — die rasende Aufwärtsbewegung des Vorstages kann keinen Halt. In den Mittagsstunden kam die amtliche Notierung mit 3,3 Millionen für den Dollar zu 7prozentiger Zuteilung, mit 15,5 Millionen bei ebenfalls 7prozentiger Zuteilung für das englische Pfund und mit 1,3 Millionen bei 5prozentiger Zuteilung für den holländischen Gulden heraus. Im freien Verkehr wurde bis zu die Wende von 4 Millionen den Dolos angekauft weiter.

Sachsens Antwort.

Eine offene Zurückweisung für Herrn Euro.

Der sächsische Ministerpräsident hat auf das befohlene Schreiben des Reichskanzlers an die sächsische Regierung jezt eine Antwort erteilt, die den Rahmen der Sachlichkeit nicht überschreitet, aber in der Form dennoch äußerst scharf gehalten ist. U. a. heißt es in der Antwort Dr. Zeigners:

Die sächsische Regierung bedauert feststellen zu müssen, daß die Reichsregierung offenbar den Sinn und den Zweck der sächsischen Anfrage völlig verkannt hat, denn sonst wäre die Antwort der Reichsregierung vom 2. August nicht verständlich. In ihrer Weise der Herr Reichskanzler darauf hin, die Reichsregierung habe ihre Verkaufbarung vom 18. Juli für notwendig gefunden, weil der sächsische Polizeioberrat Dr. Schüninger in einer privaten Veröffentlichung und unsäglich der unterzeichnete Ministerpräsident aus die von anderer Seite drohenden Gefahren hingewiesen hat. Zu ihrem großen Bestreben muß die sächsische Regierung also feststellen, daß ein pflichtgemäßes Hinweis des unterzeichneten Ministerpräsidenten auf die von anderer Seite drohenden Gefahren von Herrn Reichskanzler herangezogen wird, um die in der Verkaufbarung vom 18. Juli erwähnte Notwendigkeit besonderer Maßnahmen nicht gegenüber diejenen Kreisen, sondern gegenüber den wortenden Freistaaten Thüringen und Sachsen zu rechtfertigen.

Die sächsische Regierung muß diese Argumentation umso mehr bedauern, als dem Herrn Reichskanzler nicht unbekannt sein kann, daß dieser pflichtgemäße Hinweis in jeder Beziehung sachlich begründet ist. Der unterzeichnete Ministerpräsident hat bei verschiedenen anderen Aussprüchen, zuletzt im Anfang Juli dieses Jahres, immer wieder auf diese Gefahren hingewiesen und darum gebeten, im Interesse der inneren Ruhe in der eindringlichsten Weise einen Trennungsrückzug gegenüber den bewaffneten rechtssolidarischen Organisationen zu ziehen.

Die sächsische Regierung muß aber betonen, daß sie bei der Reichsregierung in zahlreichen Fällen nicht auf die gleiche Ausmaßlosigkeit gestoßen ist, und daß die Reichsregierung sich heute zu Maßnahmen gezwungen sieht, die sie vor Woche noch kategorisch abgelehnt hat.

Die sächsische Regierung glaubt, daß nicht durch Verhandlungen, sondern durch Maßnahmen die unbedingt notwendige Entspannung herbeigeführt werden kann.

Gehört die Reichsregierung aber von anderer Aussicht ausgehend die sächsische Regierung in eine Lage bringt, welche es dieser nicht erlaubt zu schweigen, in die sächsische Regierung bereit, nicht nur zahlreiche Dokumente im Wortlaut zu veröffentlichen, sondern auch vor den Deutschen Reichstag vorzulegen, daß ihrerseits alles getan werden soll, um dringendste Maßnahmen der Reichsregierung auf wirtschaftspolitischem, innerpolitischem, erziehungs-politischem und anderen Gebieten herbeizuführen. Die sächsische Regierung glaubt, eine Diskussion hierüber nicht fürchten zu müssen und sie wird gegebenenfalls, trotz der schweren Bedenken, welche einer solchen Auseinandersetzung im gegenwärtigen Augenblick entgegenstehen, einer Diskussion nicht ausweichen."

Im Interesse der guten Beziehungen, die zwischen Reich und Landesregierungen gerade in der gegenwärtigen schwierigen Situation notwendig sind, ist die Auseinandersetzung zwischen Sachsen und dem Reich tief bedauerlich. Zweifellos liegt die Schuld an dem gegenwärtigen Reichskanzler, der in der Aussicht steht, mit den sozialistisch regierten Landesregierungen spielen zu können. Insbesondere würde er eines anderen befürchtet worden sein. Leider ist es zu spät und man muss sagen, daß Herr Euro bei allen Unterlassungsgründen seiner Politik in politischer und wirtschaftlicher Beziehung auch noch nicht einmal verstanden hat, die Beziehungen des Reiches zu den Ländern so zu gestalten, wie es im allgemeinen Interesse notwendig gewesen wäre. Wir erwarten, daß die sächsische Regierung auch das Ihre tut, damit nicht dem Auslande ein neuer Beweis der sozialistischen Herrschaft des deutschen Volkes gegeben wird.

Die Steuervorlagen.

Der Reichstag hat die neuen Steuervorlagen der Regierung beschlossen und mit einigen Veränderungen genehmigt.

Im Mittelpunkt der Regierungsentwürfe steht als die finanziell bedeutsamste Steuermahnung die Vorauszahlung auf die Einkommens- und Körpervermögenssteuer. Gleichzeitig mit dieser Vorauszahlung ist am 21. August, am 1. Oktober und am 5. Januar des Dorfes die Vorauszahlung als Rückkopier eingezogen werden. Nun war vom Reichstag in einer letzten Abstimmung ein Gesetz verabschiedet worden, das für den 15. August das 2. Viertel der vollen Einkommenssteuerzahlung als Vorauszahlung bestimmte. In ihren Finanzforderungen hat die Sozialdemokratie bereits darauf hingewiesen, daß dieser Multilateraler angeblich der unterdessen eingetretene Gehaltserhöhung völlig unzureichend ist. Wir hatten statt des 2. Viertels das 7. Fünftel gefordert. Daneben die verdreifachte Zahlung der Umstädter und der valorisierten Bruttogehälter. Die Regierung erkannte die Notwendigkeit dieser Forderungen an und der Reichstag ist in diesem Punkte angriffslos des fortlaufenden Währungsverfalls noch etwas hinausgegangen. Er hat die Vorauszahlung für die Einkommenssteuer auf das 10. Fünftel, für die Körpervermögenssteuer auf das 1. Viertel erhöht. Zukommen mit dem Rückkopier ergibt sich also, daß noch im August das 30. Fünftel der Einkommenssteuer und das 42. Fünftel der Körpervermögenssteuer erhoben werden wird.

Seitdem ist unangiebar ein großer Schritt zur Durchsetzung einerseits Forderungen gekommen. Es wird jetzt genauerer Prüfung des finanziellen Haushaltens aus dieser Steuer, das mit ungefähr auf 20 Billionen Marken möglichen, bedürfen, um genauer bestimmen zu können, welcher Teil unseres Programms damit gereift ist. Saxon hatte aber darüber mit betonen, daß wir neben dieser periodischen Zulassung zur Errichtung des Ziels, der energetischen Hemmung der Zölle, auch noch einer regelmäßigen liegenden Steuer bedürfen. Diese Ergänzung muß gelingt werden in einer Befreiung der Wirtschaft. Als solche haben wir vorgeschlagen eine Sozialsteuer für Handel, Industrie und Dienstleistungen einerseits, eine Roggensteuer für die Landwirtschaft andererseits.

Bei den vorgelegtenen individuellen Steuern fällt die Erfüllung der Pflichten des Gesetzes. Sie bringt vor dem Krieg 13.6 Proz. der Bruttowerts. Infolge der Gehaltserhöhung war dieser Prozentsatz auf 26 bis 27 aufgestiegen. Nach der neuen Steuer würde die Belastung etwa 20 Proz. der Bruttowerts betragen. Dagegen gilt bei unangiebiger Währungsverfallsteuer noch, daß dies eine Zerstörung der Sozialdemokratie sei.

Außerdem sind eine Reihe neuer gesetzlicher Bestimmungen getroffen worden, die die rasche Einziehung der Steuern, also ihre Wertbeständigkeit, sichern sollen. Dem gleichen Zweck dient die Ermächtigung, die der Finanzminister erhält, durch sehr hohe Vergütungs- und Strafzinsen die ungesäumte Zahlung auch der direkten Steuern zu erreichen. Eine eingehendere Besprechung behalten wir uns vor, bis der Wortlaut aller Vorlagen vorliegt.

Stehend veröffentlichten Schreiben die dringende Mahnung entnehmen, ihre Organisationen dadurch zu stärken, daß sie ihrerseits die Verpflichtung anerkennen, ihre Beiträge, wenn auch nicht in Schweizer Franken, so doch in Papiermark pünktlich und in der notwendigen Höhe zu entrichten.

Demokratischer Friedenskongress in Freiburg.

Freiburg, 6. August.

Sonnabend abend wurde durch den Reichstagsabgeordneten Joos in Anwesenheit zahlreicher Teilnehmer aus dem In- und Ausland, der Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden und Vertretern des internationalen Arbeitsamts der dritte internationale demokratische Friedenskongress eröffnet.

Der Vorsitzende Joos wies eingangs seiner Ansprachen auf die schwere Bedrückung des deutschen Volkes durch die Ruhraffaktion hin und betonte, daß eine friedliche Lösung der ganzen Wirren unmöglich sei, wenn man sich nicht in gegenseitigem Vertrauen näherkomme.

Staatspräsident Rennefeld überbrachte die Wünsche der badischen Regierung und betonte, daß die neue deutsche Republik von den alten Demokratien insbesondere Europas keine Nachsicht und Förderung erfahren habe.

Das Hauptreferat erstattete Max Graugier (Frankreich), der darlegte, daß heute besonders in Frankreich mehr Mut zu friedlichen Reden als zum Kriegsführen gehöre, und sagte, daß französische Volk dürfe nicht nach seiner Regierung und seinen Zeitungen beurteilt werden.

Nachdem noch Vertreter Englands und des internationalen Arbeitsamtes in Genf Begrüßungsansprachen gehalten hatten, und ein Begrüßungstelegramm des Papstes verlesen worden war, wurde der Kongress für eröffnet erklärt.

Von Radet bis Rebenstow.

SPD. Die enge Geistes- und Seelenverwandtschaft zwischen Kommunisten und Deutschnationalen, die innige Beziehung zwischen den Radikalen auf den beiden äußersten Flügeln kommt jetzt in der "Roten Fahne" offen zum Ausdruck. In der Donnerstagnummern des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Deutschlands ergreifen der russische Einheitsführer der deutschen Kommunisten, Karl Radet, und der einzige aldeutsche Sohn der Vorkriegszeit und jetzige Führer der Deutschvölkischen, Graf Reventlow, das Wort. Radet macht seiner deutschen Verbündeten schwere Vorwürfe über ihre bisherige lärmvolle Arbeit. Den nahenden Bankrott der deutschen Bourgeoisie hätte die KPD zu beobachten durch die Organisierung der vorlegenden Kleinbürger. Gleichzeitig aber gesteht er ein, daß die deutsche Bourgeoisie organisiert sei wie keine der Welt, während die Organisation der KPD noch rechtlich viel zu wünschen übrig ließe. Eine Mitgliederzahl von einer Million sei das mindeste, was erreicht werden müsse. Gest dann, aber keinesfalls jetzt sei die Zeit zur Generalschlacht gekommen. Also „nur immer langsam voran!“ lautet die neueste Parole Radets.

Auf der anderen Seite fördert der deutschvölkische Graf die kommunistische Auseinte, um „mit dem Kommunismus zu einer Kooperation gelangen“ zu können. Zu diesem Zweck versichert er, daß „an eine Fesselung der Arbeiterschaft nach Musolinis Beispiel“ bei den Deutschvölkischen nicht gedacht werde. Auch denkt keine völkische Organisation auch nur entfernt daran, „die früheren Deutschen oder ähnliche Zustände wieder heranzuführen“. Auf den Kapitalismus und die alten Kastenordnisse weist der einst so rabid verschwörer eines preußischen Kastenbürgers weithin zu schimpfen. Realionäre befanden sich überhaupt nicht unter den Völkischen.

Man sieht, auch dem Herrn Grafen heiligt der Zweck die Mittel, genau wie bei Radet, als er Schlageter zu verherrlichen wußte, um die Nationalisten für den Kommunismus einzufangen. Offener kann die Verbrüderung zwischen Völkischen und Kommunisten nicht dargestellt werden, als durch diese Auslassungen zweier Führer aus den extremen Lagern in den Spalten ein- und des selben Nummer der "Roten Fahne". Wie lange wird es dauern, bis Karl Radet oder Brandt ihre Weisheiten im "Deutsch-Tagesblatt" des Herrn Wille zum Besten geben, um der Arbeiterschaft die Augen darüber zu öffnen, wie ernst es den kommunistischen Häuplingen mit der Einheitsfront der Arbeiter ist?

Amerika will mit der Ruhrfrage nichts zu tun haben.

Die Ansicht des neuen Präsidenten.

Der Schwache lehnt sich in der Regel nach der Hilfe des Starken. In Europa dürfte Deutschland gegenwärtig in politischer wie wirtschaftlicher Beziehung eines der geschwächtesten Länder sein, sodass es verständlich ist, wenn seine Bevölkerung immer wieder Hoffnungen auf die Hilfe derer setzt, die den Krieg glücklich überstanden haben und heute im wahren Sinne des Wortes eine Macht darstellen. Amerika ist ein solcher Macht-faktor, dessen Hilfe Deutschland bisher aber immer vergeblich beansprucht hat. Als im Jahre 1920 das Kabinett Fehrenbach den amerikanischen Präsidenten um Vermittlung in der Reparationsfrage ersuchte, wurde dieses Gesuch ablehnend befohlen und auch alle anderen offiziellen wie inoffiziellen Bemühungen nach amerikanischer Hilfe waren von Misserfolgen begleitet. Das amerikanische Volk lehnt es ab, sich in den politischen Wirrwarr Europas einzumischen, es verlangt Ruhe und geordnete Zustände und betrachtet das, was wir Deutschen gegenwärtig erleben, ohne großen Kummer, ohne besonderes Mitmitleiden. Es ist deshalb verständlich, wenn der neue amerikanische Staatspräsident Coolidge in seinem angeblichen Programm die Politik seines Vorgängers fortführt und jede Emanzipation in europäische Verhältnisse ablehnt. Auch er ist Gegner des Eintritts Amerikas in den Völkerbund zum Nutzen Frankreichs und vor allem proklamiert er die Nichtbeteiligung an dem Meinungsaustausch über die Ruhrfrage, selbst wenn die daran interessierten Mächte dazu aufzurufen sollten, obwohl gerade die deutsche wie auch die englische Politik auf das Gegenteil gewisse Hoffnungen legen, die vielleicht zur Entspannung in Europa führen könnten. Amerika ist lässiger gegenüber England und Frankreich. Nur durch seine Mitwirkung ist deshalb die Regelung des Problems der internationalen Schulden möglich, die bei den kommenden Auseinandersetzungen über das Reparationsproblem infolge der Tatsache Goiancas besondere Bedeutung haben dürfte. Da Amerika aber in bezug auf die europäische Politik äußerste Abstinenz übt, ist kaum anzunehmen, daß die kommenden Reparationsverhandlungen eine Lösung des Reparationsproblems ermöglichen, wie sie im Interesse des Friedens notwendig wäre.

Für sich das Werbeströmige —

der andern Papier.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns folgendes Schreiben der Vereinigung der Deutschen Samt- und Seidenwaren-Großhändler zur Verfügung gestellt:

Berlin, den 26. Juli 1923.

Zur Bereitstellung des Herrn Schatzmeisters gestatte ich mit, Sie um gefüllt umgehende Überweisung des Mitgliedsbeitrages für August, September und Oktober 1923 im Betrage von

50.000,- zahlbar in Markt

Sis zum 5. August zum Berliner Briefkasten vom 5. Juli auf das Konto Paul Schweizer, Vereinigung der deutschen Samt- und Seidenwaren-Großhändler e. V., bei der Direktion der Distrikts-Zollstelle, hier, ergebnis zu bitten.

Es wird auf den Beschluss der Mitgliederversammlung hingewiesen, demzufolge diejenigen, die den angeforderten Beitrag nicht bis zum 15. 8. gezahlt haben, verpflichtet sind, einen Zuschlag von 50 Proz. auf 50.000,- Schm. Zts., zu entrichten. Bei Zahlung nach dem 5. August 15. 8. ist der Kurs des Zahlungstages maßgebend.

Vereinigung der Deutschen Samt- u. Seidenwaren-Großhändler, e. V. gez. Arthur Cohn.

Nachdem die Arbeitgeber in Großstädten einzuholen und verbunden zu haben, für ein ausreichendes Friedensbeiträte, um die Söhne der Arbeitnehmer sollen nach wie vor im Kapital vertreten werden. Die Arbeitnehmer sollten aus dem mo-

Unfähige Reichsbankleitung.

Unerträglich sind die Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanzpolitik. Ohne radikale Hemmung der Inflation durch einen schneidenden Steuermaßnahmen kann der Währungsverfall nicht aufgehalten werden; ohne den Währungsverfall aufzuhalten, kann die Preissteigerung nicht eingedämmt werden.

Wer ebenso unerträglich ist es, daß auch die andere Quelle der Inflation endlich beseitigt wird, die aus der falschen und nachgerade blödning gewordenen — es gibt kein anderes Wort — Politik des Herrn Havenstein in fließt. Die Reichsbank hat während der ganzen Zeit der Inflation der Wirtschaft zu lächerlich niedrigen Zinsfächten Papiermarktkredite zur Verfügung gestellt. Wen der Bankier, Industrielle oder Händler bei der Reichsbank seinen Wechsel begah und diesen nach drei Monaten zurückzahlte, so geschah das in längst entwerteter Papiermarkt. Ungeheure Gewinne flossen so der Wirtschaft auf Kosten der Allgemeinheit, auf Kosten aller Papiermarktbewohner und Empfänger zu. Die ganze Wirtschaft spekuliert risikolos a la batte der Mark und a la haupe der volkswirtschaftlichen Einheitslosigkeit des Reichsbankpräsidenten. Und diese stieg nun auch parallel dem Dollarurs!

Die Beispiele für die Nieselgewinne der Privaten sind bekannt. Wer zum Beispiel am 1. Januar 1922 sich bei der Reichsbank einen Kredit verschaffte und dafür 100 000 Dollar kaufte, brauchte am 1. April nur 62 667 Dollar zu verkaufen, um sein Papiermarktdarlehen zurückzuzahlen. Sein Reingewinn betrug 37 333 Dollar. Nahm er am 1. April ein neues Darlehen der Reichsbank auf und kaufte wiederum 100 000 Dollar und wiederholte er dieses Geschäft bei jedem Quartalswechsel, so konnte er, trotzdem die Dollarsteigerung damals noch verhältnismäßig langsam voranging, Mitte Mai 1923 das Geschäft mit dem Reingewinn von 335 528 Dollar oder nach dem damaligen Kursstand mit dem hübschen Gewinn von rund 15% Milliarden Mark abschließen. Vielleicht wendet Herr Havenstein ein, er hätte das Menschenmögliche getan, um durch Prüfung der Kreditansprüche solche Geschäfte zu verhindern. Aber ach, die Möglichkeiten des Herrn Havenstein sind außerordentlich beschränkt und die Geissenheit der Interessenten ist unendlich. Und selbst wenn Herr Havenstein mit seiner lächerlichen Einbildung noch Recht hätte, daß dann seiner Weisheit mit seinen Papiermarktkrediten direkte Wertspekulationen nicht gemacht würden, dieselben und noch größere Gewinne würden ja gemacht, wenn in legitimster Weise Handel und Industrie Weizen, Roggen, Baumwolle, Mehl oder sonst was immer gekauft hätten, deren Preise parallel der Döllarentwicklung stiegen, während sie die Reichsbank mit einem Bruchteil des Erlöses bezahlten. Beim Weizen z. B. stellt sich das Geschäft folgendermaßen: Wer am 1. Januar 1922 sich bei der Reichsbank einen Kredit verschaffte, um dafür 100 000 Doppelzentner Weizen zu kaufen, brauchte am 1. April nur 44 800 Doppelzentner Weizen zu verkaufen, um sein Papiermarktdarlehen zurückzuzahlen. Sein Reingewinn betrug 55 200 Doppelzentner Weizen. Nahm er am 1. April ein neues Darlehen der Reichsbank zum Kauf von 100 000 Doppelzentner Weizen auf und wiederholte er dieses Geschäft bei jedem Quartalswechsel, so hat er am 1. August 1923 einen Reingewinn von 456 199 Doppelzentner Weizen erzielt. Umgedreht zum Preise von 2 075 000 M. der Doppelzentner und abgängig der Markshuld bei der Reichsbank hat er einen Marksgewinn von mehr als 639 Milliarden Mark erzielt.

Seit Jahr und Tag haben wir die Beseitigung dieses skandalösen Zustandes gefordert. Immer weitere Kreise haben sich dieser Auffassung angegeschlossen. Schließlich ist dieser Ruf ganz allgemein geworden. Nur die Reichsbank leistet der Meinung aller Sachverständigen, der Meinung aller Wirtschaftskreise, die auch endlich zur Auffassung der Regierung geworben ist, starksinnigen Widerstand. Sie sperrt sich noch immer gegen die notwendige und allein erfolgversprechende Maßnahme: der möglichst raschen Einstellung der Papiermarktkredite und des Übergangs zum Goldkredit gegen Goldzins. Selbst jetzt noch sucht sie mit allerlei halben Pfuschmaßnahmen um das Notwendige herumzukommen. In einer Zeit, wo sich die Mark von einem Tag auf den andern um 30, um 50 Prozent entwertet hat, wagt sie es, mit lächerlichen Spielereien zu kommen und so zu versuchen, der öffentlichen Meinung Sand in die Augen zu streuen. Denn ganz lächerlich ist es, mit einer Erhöhung des Diskonts auf 30 Prozent vorzugehen, wenn der Kreditempfänger diese 30 Prozent Jahreszins an der Entwertung des Kapitals an einem einzigen Tage verdienen kann.

Drei Golddaten.

Roman von Van de Passse

Aus dem amerikanischen Manuscript übersetzt von Julian Sinner.

(Nachdruck verboten. Der Matz-Verlag, Berlin.)

68. Fortsetzung.

Dann dachte er an den Tisch in seinem Zimmer in Paris, wo sein Notenpapier aufgehäuft lag, und er fühlte: es geht nichts auf der Welt, was dem gleichgestellt werden kann: arbeiten.

Da stand er in die große Pinne hineingestemmt, sah auf die blau-grünen Pappeln, die vorbeiglitten, fühlte den feuchten Geschuch vom Fluss, und dachte an nichts. Nach einer Weile kam der alte Mann aus der Kabine heraus mit rotem Gesicht und pustete Wolken von Rauch aus seiner Pfeife.

"Gut, junger Kerl, geh' unter und is", sagte er.

Andrews lag flach auf dem Bauche auf Deck, das Kinn fest in beide Hände gequetscht. Der Kahn war zwischen anderen Kähnen am Ufer festgemacht. Neben ihm saß ein kleiner, haarriger Hund wütend. Es war fast dunkel, und durch den perligen Nebel, der aus dem Fluss aufstieg, fielen rotes Licht aus den Gasflaschen am Ufer. Ein Streifen Newmont zitterte in der Luft hinter den Pappeln. In all den verzweifelten Gedanken trat plötzlich die Erinnerung an den jungen Kameraden an ihn. Der hatte einen Fordwagen für fünfhundert Franken geklopfen, war mit einem Mann, der einen Lebensmittelzug verkauft hatte, davongegangen und wollte italienische Filme schreiben. Kein Krieg konnte Leute wie diese unterkriegen. Andrews lächelte und schwante in das schwarze Wasser. Selbstam, der Junge war wahrscheinlich tot, und er, John Andrews, lebte ure, war frei. Und hier lag er nun verzweifelt und minnierte noch über altes Unrecht. "Um Gottes Willen, sei ein Mann", sagte er zu sich selbst. Er stand auf.

In der Kabine rückte Rosaline mit dem Papagei.

"Gib mir einen Kuss, Coco", sagte sie mit lächelnder Stimme. Nur einen kleinen Kuss. Nur einen kleinen Kuss für Rosaline. Arme, kleine Rosaline."

Der Papagei, den Andrews in der Dämmerung kaum sehen konnte, lehnte sich an sie und flatterte mit den Flügeln. Rosaline erblickte Andrews.

"Oh, ich dachte, Sie wären gegangen mit dem Ufer einen trinken!" rief sie.

"Nein, ich bin hier geblieben."

"Lieben Sie dies Leben?"

Rosaline setzte den Papagei wieder in seinen Käfig, wo er von einer Seite auf die andere schwankte und protestierend kriechte: "Les bourgeois à la lanterne, nom de dieu!"

"Oh, es muß ein wunderbares Leben sein. Dieser Kahn erscheint mir wie ein Himmel nach dem Urmeleben."

"Über man gebüsst auch doch gut, sich Amerikaner."

"Sieben Franken der Tag."

"Das ist ja richtiger Luxus."

"Aber ihr habt ja keine Räucherchen. Das ist reiner Herdentanz."

Geno unzulänglich ist die andere Maßnahme der Reichsbank, die der Öffentlichkeit gegenüber als Beginn der wertbeständigen Kreditgewährung angepriesen wird. Die Reichsbank will es sich von nun an gründlicher überlegen als bisher, wenn sie Papiermarktkredite einsäumt, um derjenige, dem sie Papiermarktkredite nicht mehr gibt, soll bei ihr den Wechsel wertbeständig verfügen können.

Die Reichsbank kapiert noch immer nicht, worum es sich handelt. Nicht darum, in erster Linie der privaten Wirtschaft Gelegenheit zu geben, sich auch bei der Reichsbank wertbeständig zu veräußern. Dazu braucht die Wirtschaft die Reichsbank nicht. Befreit doch der Kredit, der ihr allein aus dem holländischen Abkommen zur Verfügung steht, circa 45 Billionen Papiermark. Sonder es geht darum, daß die Reichsbank der Wirtschaft keinen Papiermarktkredit mehr gibt, damit diese Inflationsursache und dieser Inflationszweck aufhört. Dann wird die Wirtschaft gezwungen sein, bei der Reichsbank wertbeständig zu leihen; dadurch wird wieder die Reichsbank instand gesetzt, von der Wirtschaft wertbeständige Anlagen anzunehmen und es der Wirtschaft ermöglichen, wertbeständige Zahlungen zu leisten. Kann die Wirtschaft ihre Bedürfnisse nach Wertbeständigkeit bei der Reichsbank befriedigen, dann hört ein Teil der Nachfrage nach Denien auf, und unsere Währungssituation verbessert sich. Das sind alles ganz einfache Zusammenhänge, die aber Herr Havenstein nicht klar zu machen sind. Da er aber andererseits es mit der Angst bekommen hat und Konzessionen machen muß, so kommen dann diese lächerlichen Maßnahmen und Habschaften heraus, die statt Abhilfe zu bringen, neue Verwirrung stiften.

Die Vermehrung der Inflation durch die bisherige Reichsbankpolitik ist die schlimmste, aber lange nicht die einzige bei Herrn Havenstein. Dieselbe lächerliche Unfähigkeit zeigte er bei den bisherigen Stützungsaktionen. Wie zu allen anderen, so mußte auch zu den Stützungsaktionen die Reichsbankleitung, die völlig ideen- und planlos seit Kriegsausbruch alles geschehen ließ, was einer unzulänglichen Finanzverwaltung und der Devisenspekulation gefiel, erst durch den Druck von außen getrieben werden.

Das ist ja überhaupt das Unglück. Jeder Versuch, den die Reichsbank auf währungspolitischem Gebiete macht, den macht sie erstens infolge des Widerstandes, den sie, solange es geht, leistet, viel zu spät und zweitens gegen die innere Überzeugung ihres Leiters. Deshalb erfolgen alle diese Versuche nur zögernd und mit unzulänglichen Mitteln und müssen deshalb scheitern. Sind sie aber infolge des inneren Widerstandes der Reichsbankleitung gezeichnet, dann beruft sich diese darauf: wir haben ja doch recht gehabt! Und der Widerstand beginnt von neuem mit noch verstärkter Fähigkeit, bis eine neue Katastrophe da ist und es dem Druck von außen gelungen ist, die Reichsbankleitung wieder einen Schritt vorwärts zu prügeln, worauf wieder eine Habschaft kommt, die natürlich wiederum scheitert.

Dreimal hatten wir bisher Stützungsaktionen und jedesmal ist die Reichsbank so verfahren. Die erste Stützungsaktion beim Tode Rathenaus hat versagt, weil die Reichsbank damals überhaupt ohne Sinn und Verstand interveniert hat. Sie gab wahllos, ohne jede Kontrolle, ihre Devisen bei der Kursfeststellung billiger ab, die die Käufer am nächsten Tage schon teurer verkaufen, und setzte wochenlang dieses lächerliche Treiben fort. Dann verkündete sie stolz: Wir haben doch interveniert, es hat

Devisen-Kurse.

Berlin, 8 August.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	7. August.	6. August.
Amsterdam	1. fl.	1296450,—
Brüssel (Antwerpen)	1. Fr.	149625,—
Kristiania	1. Kr.	528675,—
Kopenhagen	1 Kr.	598500,—
Stockholm	1 Kr.	297255,—
Helsingfors	1 finn. Mk.	90712,—
Rom	1 Lire	45386,—
London	1 £	14962500,—
New York	1 Dollar	7481250,—
Paris	1 Frs.	1645875,—
Zürich	1 Frs.	95760,—
Madrid	1 Pesetas	592550,—
Wien	100 Kr.	298265,—
Prag	1 Kr.	4688,—
Budapest	100 Kr.	2344,—
		49875,—
		95,76
		187,58

nichts genutzt; es läßt sich eben nichts machen. Und dabei blieb es trotz aller Bemühungen bis zur Währungskatastrophe bei Beginn der Rohrfaktion.

Bei der zweiten Stützungsaktion im Februar dieses Jahres, die ebenfalls der Reichsbank erst vom außen und von der Regierung aufgedrängt wurde, lag die Situation gänzlich anders. Eine starke Zuhilfemittel- und Kreditsknappheit beeinträchtigte die Mittel der Devisenspekulation. Die Aktion selbst wurde zunächst nicht von der Reichsbank, sondern von einem vernünftigen Bankinstitut ausgeführt, das etwas von der Sache verstand. Es begann mit der Intervention im Auslande. Dort wurde die Mark mit außerordentlichem Erfolg gestützt und die Bewegung lenkte auf Deutschland übertragen werden. Die Reichsbank hat dann, nachdem sie den Erfolg gezeigt hatte, an dem sie nicht geglaubt, gegen den sie sich bis zuletzt gewehrt hatte, die Sache leider in die eigene Hand genommen. Damit war die Geschichte auch schon erledigt. Sie hat nichts getan, um durch Beseitigung der Papiermarktkredite die Geldknappheit aufrechtzuerhalten. Sie hat den Kurs trotz allen Widerstands stark festgehalten, statt ihn schwanken zu lassen und dadurch die Spekulation unjer zu machen. Sie hatte nichts verbereitet, um Angriffen entgegentreten zu können. Herr Havenstein war eben von vornherein überzeugt, es nicht ja doch nichts; er hatte keine Idee, keinen Plan, und so mußte die Aktion zusammenbrechen.

Übertroffen wurde aber alles Vorangegangene durch die letzte Aktion. Statt einer organischen Stützungsaktion griff man zu dem rein technischen Mittel des Einheitskurses. Jede Intervention im Auslande wurde unterlassen und so die Berliner Kursnotierung zu einer rein fiktiven gemacht. Die Voraussetzung, die im Februar vorhanden gewesen war, die Geldknappheit, fehlte. Die Reichsbank tat nichts, um sie herbeizuführen. Weder wurden die Döllarschankampfungen gegen Papiermark verstoßt, noch eine andre wertbeständige Anleihe ausgegeben, noch die Steuereinzahlung beschleunigt, um die notwendige Verknappung auf dem Geldmarkt herbeizuführen, noch ein Devisenfonds aus Mitteln der Wirtschaft geschaffen, um der Intervention eine ausreichende Grundlage geben zu können. So wurde ohne Zweck und Verstand nur eine sinnlose Verwirrung auf dem Devisenmarkt angerichtet, die zuletzt die Lebensmittelversorgung gefährdet und eine industrielle Krise in bedrohliche Nähe rückte.

Das sind die Erfolge Havensteins! Und bei der Einstellung, die Herr Havenstein nun einmal zu den Währungsproblemen hat, ist eine Änderung der Reichsbankpolitik unter seiner Leitung nicht zu erwarten. Hoffbarste Zeit wird in den ewigen Verhandlungen zwischen Regierung und Reichsbank nutzlos vertrödeln; eine Zickzackpolitik ist das Resultat, die nachgerade unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben unerträglich geworden ist.

Das muß nun endlich anders werden! Wir haben gegen die Person Havensteins, der seiner Überzeugung folgt und dessen Charakter achtungswert ist, nicht das Geringste einzubringen. Über den Aufgaben, die die jetzige Situation erfordert, ist er in keiner Weise mehr gewachsen. Wir wissen, daß die diese Überzeugung in den weitesten Kreisen geteilt wird, daß das Urteil über die Reichsbankleitung in den verschiedensten Kreisen der Wirtschaft, der Politik und der nationalökonomischen Wissenschaft das gleiche ist. Deshalb ruft von der Regierung endlich verlangt werden, daß sie für die notwendige Änderung sorgt und eine geeignete Persönlichkeit an die Spitze der Reichsbank zu bringen versteht. Denn die Währungsfrage heißt nun endlich wirklich Antwort: Wie hoch muß der Dollar steigen, bis Havenstein fällt?

Berantwortlicher Redakteur: Dr. J. Leber. Für Zeiterate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämlich in Berlin.

Vorsichtige Reisende

Führen stets Heitmann's Renovator bei sich, um unterwegs Schuhe, Koffer und sonstige Ledertaschen auf die bequeme und billige Weise in einem tollen Zustand erhalten zu können.

Renoviere Leder nur mit Heitmann's Renovator.

"Ja, weiß nicht ... vielleicht werde ich sie nie wiedersehen", sagte Andrews.

"Sie sind ein Narr. Man muss ja amüsiert im Leben, wenn man kann, und außerdem sind Sie ja Deserteur ... Wenn man Sie erwischt, werden Sie erschossen."

"Oh, ich weiß, Sie haben recht. Aber da bin nun eben nicht so."

"Sie muss sehr gut zu Ihnen sein, Ihr kleines Pariser Mädchen."

"Ich habe sie noch nie angerührt."

Rosaline war den Kopf zurück und lachte schwankend.

"Über Sie sind doch nicht etwa froh?" rief sie.

"Vielleicht ist meine Erinnerung nur zu lebendig ... Wie dem auch sei, ich bin ein Narr, Rosaline, und Sie sind ein nettes Mädchen."

Südtirol waren auf der Plante, die zum Ufer führte, zu hören. Mit einem Schal über dem Kopf und einem großen Blütte unter dem Arm kam die alte Frau lässig atmend an sie heran. Sie sah von einem zum anderen und versuchte, ihnen in der Dunkelheit ins Gesicht zu sehen.

"Es ist 'ne Gefahr ... ja ... Jugend ..." murmelte sie zwischen den Lippen, schworen Niemößen.

"Haben Sie Kleider gefunden?" fragte Andrews.

"Ja, Ihnen bleiben dann noch 15 Franken von Ihrem Geld."

"Ist es recht?"

"Ich danke Ihnen sehr für Ihre Belehrungen."

"Sie haben doch dafür bezahlt", sagte die alte Frau.

"Sie gab ihm das Blütte."

"Hier sind Ihre Kleider und die 15 Franken. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen auch genau sagen, was jedes einzelne Stück kostet."

Er stellte die Leiter hinunter in die Kabine. Die neuen, ungewöhnlich geschnittenen Kleider erweckten in ihm ein starkes und fröhliches Gefühl. Die alte Frau hatte ihm Mantelkragen gekauft, billige Tuchschuhe und ein blaues Katzenkund und wollene Socken. Als er wieder an Deck kam, hielt sie eine Leiterin hoch.

"Schaat er nicht gut aus? Ganz französisch!" fragte sie.

Rosaline wandte sich weg, ohne zu antworten. Ein wenig später kam sie mit dem Papagei die Leiter hinunter.

"Les bourgeois à la lanterne, nom de dieu!" erholt die Stimme des alten Mannes vom Ufer.

"Der ist ja betrunknen wie ein Schwein", murmelte die alte Frau. "Wenn er nur nicht von der Plante herunterfällt."

Ein schwankender Schatten erschien am Ende der Plante. Andrews streckte die Hand aus, um ihn im Kahn aufzufangen. Der alte Mann wandte gegen die Kabine.

"Schimpf nicht mit mir, Klebing," legte er und schlängt einen Arm um Andrews Hals. Mit der anderen Hand winkte er zu seiner Frau hinunter. "Ich habe einen Kasperladen für den kleinen Amerikaner gefunden."

Amtlicher Teil

Bekanntmachung, betreffend die Gebührensätze der Lehrlohnordnung.

(Veröffentlicht am 8. August 1923.)

Der Senat hat beschlossen und verordnet hierdurch:

Daß die gemäß der Lehrlohnordnung vom 11. April 1923 für die Lehrperiode vom 1. Juli bis 15. August 1923 erhobenen oder noch zu erhebenden Lehrgebühren ist ein Zuschlag von 120 v. H. zu zahlen.

(Veröffentlicht Lübeck, auf Beschluß des Senates vom 8. August 1923.)

Der Senat.

Die Mitglieder der Bürgerschaft sind zu den aus Anlaß des Verfassungstages am Sonnabend, dem 11. August, vormittags 9½ Uhr, in der St. Marienkirche und der katholischen Herz-Jesu-Kirche stattfindenden Festgottesdiensten eingeladen. Versammlung der Mitglieder 9½ Uhr im Rathaus.

Für die Verfassungsfeier am Sonnabend im Bürgerschaftssaal des Rathauses stehen für die Mitglieder der Bürgerschaft 40 Karten für die ständige Tribüne zur Verfügung. Sie können beim Bürgerschaftsboten kaufen, Balauerfohr 2, entnommen werden.

Der Allgem. Deutsche Gewerkschaftsbund (Dtsch. Aussch. Lübeck), der Allgem. Freie Angestelltenverband (Afa), die Demokratische Partei Lübeck und die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Lübeck laden die Mitglieder der Bürgerschaft zu der am Sonnabend, dem 11. August, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfindenden Verfassungsfeier mit anschließendem Fackelzug durch die Straßen der Stadt ein.

Gustav Ehlers,
5086 Vorsteher der Bürgerschaft.

Das Brückengeld für die Herrenbrücke wird mit Wirkung vom 10. August 1923 ab erhöht und erhält ab 15. d. Monats eine weitere Erhöhung.

Lübeck, den 8. August 1923.

Die Finanzbehörde.

Auszahlung findet statt nach den Buchstaben:

A-D Donnerstag, den 9. August.
E-H Freitag, den 10. August.
J-L Sonnabend, den 11. August.
M-P Montag, den 13. August.
O-S Dienstag, den 14. August.
T-Z Mittwoch, den 15. August.
8-12 Uhr vormittags in Zimmer 28 des Wohlfahrtsamtes.
Lübeck, den 7. August 1923. (5073)

Des Wohlfahrtsamtes.

Die Kostenlosfälle der Heilanstalten
werden vom 11. August da, daß ab um ca. 150% erhöht. Näheres in den Geschäftszimmern des Allgemeinen Krankenhauses und der Heilanstalt Kreuzig. (5061)

Die Gebühren der Schlachthofbetriebe werden ab 9. August 1923 erhöht. Siehe Anschlag in den Betrieben.
Lübeck, den 8. August 1923. (5059)

Die Schlachthofbehörde.

Arzneifäkte.
Auf Grund des § 80 der G. O. und des § 2 der M. L. wird verordnet:

1. Zu Nr. 28 der Allgemeinen Bestimmungen der deutschen Arzneifäkte 1923, S. abgeänderte Ausgabe sind folgende Änderungen vorzunehmen:
unter a) statt 3500 und 7000 ferner zu legen
7000 und 14 000 M.R.

unter b) statt 7000 ferner zu legen 14 000 M.R.,
c) 11 000 22 000
d) u.e. 2500 5000

2. Nr. 2 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen der deutschen Arzneifäkte 1923, S. abgeänderte Ausgabe, erhält folgende Fassung:

„Werden Arzneimittel oder Arzneien in einer zur Übergabe an das Publikum bestimmten fertigen Packung aus dem Handel bezogen und in dieser Packung abgegeben, so ist, sofern nicht ein höherer Verkaufspreis vom Hersteller festgesetzt ist, dem auf normaler Marktlage verhandelten Großhandelspreise ein Zuschlag von 75 v. H. einzurichten. Dem auf normaler Marktlage verhandelten Großhandelspreise von Diphtherietum, Pleurotientum und Tubercolatum ist unabhängig von der Höhe des Großhandelspreises ein Zuschlag von 40 v. H. einzurichten. Dieser ist der Beitrag der Umgestalteten Kurzverordnung.“

Wichtigste Änderungen treten mit Wirkung vom 6. August 1923 ab in Kraft.
Lübeck, den 8. August 1923. (5072)

Der Gesundheitsrat

Nichtamtlicher Teil

Gezeigt

Zeitungsaussträgerin für Schwertau

Bei sehr geringer Entlohnung.

Um melden bei

H. Giese, Rentzfeld, Berliner Straße 20. (4942)

Zeitungsaussträgerin für Holstenfor-Nord

Bei sehr geringer Entlohnung.

Um melden bei

Lübecker Nolfschole.

Die sich von Tag zu Tag steigernde Arbeitsüberlastung veranlaßt uns wiederholzt zu der Erklärung, daß wir, wenn wir auch noch wie vor bemüht bleiben, nach Möglichkeit den Wünschen unserer Kundenschaft gerecht zu werden, bis auf weiteres jede Verantwortung für pünktliche Ausführung von Börsenaufträgen und der damit verbundenen Arbeiten ablehnen müssen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß wir in allen Fällen, in denen aus Verzögerungen oder Fehlleitungen von Überweisungen, Gutschriften, Zahlungen, Zuverfügungstellungen und dergleichen ein Schaden wegen Marktentwertung geltend gemacht wird, eine Haftung hierfür nicht übernehmen.

Lübeck, im August 1923.

Bank für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H.

Commerz-Bank in Lübeck

Commerz- und Privat-Bank Akt.-Ges.

Filiale Lübeck

Darmstädter und Nationalbank Filiale Lübeck

Direction der Disconto-Gesellschaft

Filiale Lübeck

Dresdner Bank Filiale Lübeck

Alfons Frank & Co.

Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H.

Landbank Lübeck e. G. m. b. H.

Lübecker Privatbank

Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck

Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck

Louis Wolff Commanditgesellschaft. (5063)

Böttcher

stellen sofort ein

Schwarzsauer Honigwerke und Zuckerraffinerie U.-G.

für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit unser herzlichsten Dank

Leopold Hering

und Frau Elly

geb. Petersen.

Lübeck, 7. 8. 23. (5067)

Wilhelm Lembke

Ella Lembke

geb. Wulf

Vermählt.

Lübeck, den 4. Aug. 1923.

Zum empfehlenswerten Auf-

machtmomenten und Ge-

schenken danken reich herzlich.

D. L.

Großp. Kaffenweg.
zu verkaufen. (5088)

Stodelsdorf 11.

kleines Haus mit etwas

Land vor dem Tor oder

Nähe Lübeck zu kaufen

gesucht. Ang. unt. € 128

an die Exp. d. Bl. (5048)

Am Sonntag ist in der

Garderobe im Gewer-

keitszentrale ein Regen-

mantel abhanden gekom-

men. Denjenigen, der ihn

mitgenommen hat, bitte

ihm abzugeben, da sonst

Anzeige erstattet

wird. Thies, Gewer-

keitszentrale. (5069)

Am Sonntag ist in der

Garderobe im Gewer-

keitszentrale ein Regen-

mantel abhanden gekom-

men. Denjenigen, der ihn

mitgenommen hat, bitte

ihm abzugeben, da sonst

Anzeige erstattet

wird. Thies, Gewer-

keitszentrale. (5069)

Flickstube.

Instandsetzung sämtlich,

Herren- u. Damen-Gar-

derösen, auch Änderun-

gen übernimmt. (5062)

Fräu Schultz

Hundestr. 2c, II.

Künstliche

Gedisse,

einzelne Zahne

kann standig

Goldschmied

Tollgreve

92 Königstr. 92

Kostenlose Auskunft.

Die höchsten Preise für

Saare

(5072)

Die höchsten Preise für

E. Mittelstädt,

Damen- u. Herr.-Priseur

g. 5716. Adlerstr. 35 c.

Die höchsten Preise für

Robert Jentzen

50. Maxstraße

Die höchsten Preise für

Reform-

Schuhwaren-Reparatur- und Stepperei

mit elektrischem Betrieb.

5073a

Die höchsten Preise für

Robert Jentzen

50. Maxstraße

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 8. August.

Das Kind und der Sozialismus.

Wir wissen, welch ein Zeitalter unter den entschleierten Wehen der Gegenwart geboren wird. Mensch und Maschine, seit langem Verbündete, sollen wieder Kameraden heißen. „Technischer Will“ leitet den Arz, heißt vorgang dahin um, „pädagogischer Will“ muss die Menschen umformen. „Freuen am Werk“ soll sich wieder bei ihnen finden lassen. Es ging verloren, seitdem die Bestimmung der Maschine hier eine Gesellschaftsklasse begünstigte, dort eine germalte.

Dienst an der Gemeinschaft wird wieder Kennzeichen aller durch die Maschine vom Menschen verrichteten Arbeit werden, und in diesem Sinne haben Kind und Sozialismus viel miteinander zu tun.

Je unbekannter nämlich dem Kinder der Begriff „Gemeinschaft“ bleibt, um so schwerer wird ihm später die Zusammenfassung mit ihr werden. Um ehesten kann das Kind unserer Tage durch die Schule den Sinn dieses Wortes erfüllen, weshalb die kommende Zeit eine Gemeinschaftsschule verlangt. Nicht die, welche augenblicklich den Zankapfel der Parteien bildet. Hier spielt die sogenannte Religion eine Rolle.

Unsere Gemeinschaftsschule schafft Raum jeder vom innersten Wollen getragenen Arbeit. Innerstes Wollen entkringt innerstem Fühlen, geboren aus dem Lebendigen der Tage. Tote Tage sind Tod der Gemeinschaft! Es sind die, an denen wir fragen: „Was werde ich essen? Was werde ich trinken? Womit werde ich mich kleiden?“ und wir sind mitten drin im Tod.

Das Kindlein auf dem Arme hört uns so alle Tage lauter und alle Tage schmerzvoller fragen. Seine eigene Frage: „Mit wem werde ich mich freuen?“ verhallt, erstickt. Und dann ist die Gemeinschaftsseele tot.

Warum tötet ihr sie, ihr Großen?

Rückwärts dreht ihr das Rad der Geschichte nicht, und jeder hemmende Griff in seine Speichen zermalmt zuglos junges Geschlecht. Der Jugend hilft nur, wer bewußt Gemeinschaft will, d. h. wer Sozialist ist.

Wann werden unsere Lehrer das erkennen?

Wohlan — morgen schon, wenn sich wieder die Pforten der Schule öffnen, ist Zeit dazu!

An die werktätige Bevölkerung Lübecks!

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobmänner, Vandalegierete, gewerkschaftliche Vertrauensmänner der Zweigbetriebe!

Um die Versorgung der werktätigen Bevölkerung Lübecks mit Kartoffeln bestmöglich vorzubereiten und zu sichern, ist es notwendig, einen Überblick über den ungefähren Bedarf zu bekommen. Wir bitten deshalb, wie im Vorjahr, die obengenannten Funktionäre der freien Gewerkschaften, Umfrage bei ihren Kollegen und Kolleginnen zu halten und bittenmäßig diesen Bedarf an Kartoffeln der Betriebsrätezentrale des ADGB zu melden. Diese Meldungen müssen bis längstens den 31. August erfolgt sein. Spätere Meldungen können keine Berücksichtigung finden. Die in der nächsten Woche stattfindende Sitzung der Gruppenvorstände wird sich mit dieser Frage beschäftigen.

Die Betriebsrätezentrale
J. A. Dreger.

Lübecker Indexziffern.

Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes beträgt die Indexziffer (1913/14 = 1) am 8. August 1923 für

die gesamten Lebenshaltungskosten (Ernährung,

Heizung, Beleuchtung, Wohnung u. Bekleidung 170 153

die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung . . . 146 814

die Ernährungskosten allein 201 402

die Bekleidungskosten allein 311 570

Die Ziffern sind seit der Vorwoche um 77,2 Proz., 81,1 Proz., 85,6 Proz. und 67,0 Proz. gestiegen und um 365,3 Proz., 587,3 Prozent, 371,8 Proz. und 460,1 Proz. höher als im Juli-Durchschnitt.

Um die Volksschule.

Der Deutsche Lehrertag zum Reichsschulgesetz.

Der erste Tag des Lehrertages, der vom 3.—4. August in Würzburg tagte, brachte fortgeschritten, soziale Thesen zur Frage der Beamtenbefördlung, vorgelegt von Oldenburger Berlin, und eine durchaus sachlich begründete und innerlich berechtigte Debatte der Junglehrerfrage. Am zweiten Tage zeigte sich die rückwärtsgleitende Tendenz des Vereins in der Diskussion über die weltliche Schule und das Reichsschulgesetz. Hart plakten die Gegenseite entgegner in dem Kampfe der sächsischen Lehrer unter ihrer zielstrebigen und energischen sozialdemokratischen Führung gegen den alten Vertreter der liberalen „Einheitschule“, Herrn Lews, der immer noch nicht erkennen will, doch er selbst und seine unbestreitbaren Verdienste um die Neugestaltung der Schule der Vergangenheit angehören, der sich immer noch als „Vorkämpfer“ fühlt, statt sich darein zu finden, das keine Zeit schon unter der Erde liegt. Die Entschließung zum Reichsschulgesetz, die seiner Vaterländisch entstammten ist, zeigt den abschüssigen Weg, den er zusammen mit der demokratischen Partei und einem Teil der ehemals liberalen Lehrerschaft in den hinter uns liegenden zwei Jahren Schulkampf gegangen ist. Nichts mehr von flammendem Protest gegen Verkirchung, nichts mehr von mutig eindeutigem Befürnis zur Weltlichkeit der Schule — nur noch „schärfster Einspruch“ gegen „Sonderschulen“ und Verufung auf die Verfassung. Auch das ist immerhin etwas — aber es stimmt bedenklich, wenn man das Heute mit dem Einst vergleicht. Der Deutsche Lehrerverein sollte sich keinen Augenblick darüber im unklaren sein, daß jedes Zurückweichen in diesem entscheidenden Punkte ihn selbst und seinen Beitrag aufs schwerste gefährdet, daß Zukunft und neue Zeit mit den Sachsen, den Hamburgern, den Thüringern, den Rheinländern marchieren, die für eine einheitliche Schule des Volkes auf dem Boden der Weltlichkeit kämpfen. Gelingt es der jetzigen zägernden und ängstlichen Vereinsleitung, diese fortgeschrittenen Elemente enttäuscht hinauszudringen, so geht der Deutsche Lehrerverein die kulturpolitische Führung endgültig aus der Hand.

Was ihm damit zugleich an Initiative, an Aktivität, an hohen Werten verloren ginge, das kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß die einzige über den engeren Rahmen Deutschlands hinaus weisende Stimme und die einzige Entscheidung von allgemeiner politischer Bedeutung eben aus diesen Kreisen stammt. Der einzige heilige Kultusminister, Genosse Streiter, ergriff am zweiten Tage die Gelegenheit, um zum ersten Male seit seiner Rückkehr nach Deutschland über seine amerikanischen Erfahrungen und die Möglichkeit eines internationalen Zusammenschlusses aller Erziehungsbereiche der Welt zu sprechen. Seine warmherzigen

tiefen Ausführungen weisen das schärfste Gehirn auch bei denen, deren politischer Horizont die ganze Weite der sich hier eröffnenden Perspektiven nicht zu fassen vermochte. Ebenso einmütig wie hier folgte der Lehrertag der wichtigen Anregung nach einer Kundgebung zur innerpolitischen Lage, obgleich die nach Form und Inhalt eine Paraphrase der nun seit mehr als Jahresfrist umfangreich erhobenen Forderungen der Sozialdemokratie an die Reichsregierung darstellt. Die Entschließung fordert nach einer Verteilung des „lebensfähigen Verhältnisses“ gewisser Bevölkerungsgruppen: Belebung der Vermehrung des ungedeckten Nofenumlaufs, wettbewerbige gerechte verteile Steuern, wettbewerbige Anleihen und Erröfung der Saarwerte, um die dringendsten Kulturaufgaben lösen zu können.

Der Weg des deutschen Lehrervereins geht seit zwei Jahren bergab. Wird er nun endlich die kulturpolitischen Sturzzeichen noch rechtzeitig erkennen? Die beiden am Schluss erwähnten Tatsachen lassen einen leicht Hoffnungsschimmer dafür offen. Aber es ist höchste Zeit zur Selbstbesinnung auf das, was er einst war und was er sein will, wenn es nicht zu spät sein soll.

Ministerpräsident von Stellung

spricht morgen, Donnerstag,

abends 7½ Uhr,

im Gewerkschaftshaus über

Wiedergewinn- und Zwangsabgabe.

*
Jeder politischen Partei
eine halbe Stunde Redezeit.
*

Eintritt für Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Mk. 1000,— für Nichtmitglieder Mk. 500.—
Gewerkschaftsmitglieder haben freien Zutritt.

Gehaltsberechnung der Angestellten im Kleinhandel und in der Industrie. Wie uns von den Angestelltenverbänden mitgeteilt wird, sind zwischen den am Tarifvertrag beteiligten Parteien Vereinbarungen getroffen worden, wonach am 10. ds. Mts. Abzugszahlungen geleistet werden. Neben die Höhe der Abzugszahlungen erteilen die Angestelltenverbände Auskunft. Im Großhandel ist es leider noch zu keiner Einigung gekommen.

Die Wesloer Erholungsstätten in Gefahr! Der in unserem Blatt veröffentlichte Aufruf, die Erholungsstätten in Wesloer durch Geldspenden vor dem vorzeitigen Schluß zu bewahren, hat einen Erfolg gebracht, doch reichen die gespendeten Mittel noch nicht aus, um die Fortführung wenigstens für diesen Monat zu sichern. Es sei daher noch einmal allen ans Herz gelegt, nach Kräften dazu beizutragen, unsrem erholungsbedürftigen Kindern die Gelegenheit zur Erholung und Kräftigung ihrer Gesundheit zu erhalten. Spenden nehmen neben den Spitälerleistungen der Zeitungen alle Banken unter dem Kennwort „Erholungsstätte Wesloer“ entgegen.

Butterlagerung im Kühlhaus. Der Vorstand des Kühlhauses schreibt uns hierüber wie folgt: Wiederum tauchen in der Bevölkerung Gerüchte auf, daß größere Buttermengen im Kühlhaus aufbewahrt werden, um sie der Bevölkerung vorzuhalten; dieses ist jedoch nicht der Fall. Die Räume des Kühlhauses seien leider zu neu, fehlt leer, was seinen Grund darin zu suchen hat, daß die angestellten Geschäfte über Einführung von überzähliger Butter, russischen Eiern und amerikanischem Fleisch in größeren Mengen infolge der hohen Transportkosten, des schlechten Valutastandes und der unsiherlichen politischen Verhältnisse in Deutschland in letzter Zeit sich leider sämtlich zerstochen haben.

Die gegenwärtige Margarineknappheit. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft teilt über die Gründe der gegenwärtigen Knappheit am Margarinemarkt folgendes mit: Die Beschaffung der ausländischen Rohstoffe für die Margarinefabriken ist so organisiert, daß diese Rohstoffe den Fabriken von dem Einführungszoll in Konfiguration gegeben werden. Mit mir der Bezahlung dieser Rohstoffe, die in Devisen erfolgen muß, werden dieselben Eigenum der Fabriken, sobald die Fabriken frei verfügen können. Bei der gegenwärtigen verminderten Zuteilung von Devisen kann von den Fabriken nur soviel Margarine täglich von den Lagern freigegeben werden, als der Devisenzuteilung entspricht. Es kann daher auch nicht von einer strafbaren Zurückhaltung der Margarine gejagt werden, sofern nachgewiesen wird, daß die Abdeckung des die Margarine betreffenden Kredits in Devisen noch nicht erfolgt ist. Das Nachrichtenamt.

Gehöhren für die freien Schwestern und Pionierinnen Lübecks. Die am 8. August im Wohlfahrtsamt zusammengekommenen Mitglieder der Zentrale für Krankenpflege haben beschlossen, eine raschere Anpassung an die Kaufkraftsänderung des Geldes durch Bezugnahme auf den wöchentlich herausgegebenen Index vorzunehmen. Vor dem Kriege hat eine Schwester durchschnittlich etwa 4 Mk. den Tag verdient. Wenn man überzeugt kommt ist, ein Jahr immer nur die jeweils erreichte Indexzahl als Richtsatz zu nehmen, so bedeutet das ein Viertel des früheren, sicher nicht zu hoch bemessenen Entgeltes. Für die Woche vom 28.—30. Juli bez. liegt der Index 96 000. Dies würde also der in Frage kommende Richtsatz sein. Die monatlichen Zusammenkünfte werden beibehalten.

Teuerungszulagen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Das Reichsarbeitsministerium hat angeordnet, daß seitens der Fürsorge- bzw. Hauptfürsorgeanstalt erneut Teuerungszulagen zu den Zuschüssen für Monat August zu zahlen sind. Das Wohlfahrtamt beginnt mit der Auszahlung am Donnerstag, dem 9. August 1923. Näheres siehe unter den amtlichen Bekanntmachungen.

Der Grundlohn in der Krankenversicherung. Amtlich wird uns mitgeteilt: Mit Wirkung vom 15. August ist der Höchstzuschlag des Grundlohns an der Krankenversicherung auf das vierfache und im beispieligen Gebiet auf das fünffache der regelmäßigen veröffentlichten Reichsindexzahlen der Lebenshaltungskosten festgelegt worden.

Leipziger Messe. Der Preis des Leipziger Meßzeichens, das zum beliebig häufigen Besuch sämtlicher Meßhäuser berechtigt, war vor einiger Zeit für den bis zum 11. August gelgenden Vor-

verlauf auf ½ Friedensmark und für die spätere Zeit auf eine Friedensmark auf Dollarbasis festgelegt worden. Der Arbeitsausschuss und der Verwaltungsrat des Meßamts haben neuerdings beschlossen, trotz der enormen Steigerung des Dollars das Meßabzeichen bis zum 11. August noch zum Preis von 20 000 Mark, also weit unter ½ Friedensmark, abzugeben. Nach dem 11. August wird jedoch der erhöhte Preis von 1 Friedensmark auf Dollarbasis gelten. Da der Preisunterschied ganz erheblich sein wird, empfiehlt es sich, das Meßabzeichen sofort zu bestellen.

Die Broststeuer.

Das Gesetz zur Sicherung der Brotpersonsversorgung im Wirtschaftsjahr 1922/23 enthält in § 5 die Vorschriften über die Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel, also die Bestimmungen über die sogenannte Broststeuer, für die der Steuerpflichtige, im Gegensatz zu den sonstigen Prinzipien der Steuererhebung, keine Veranlassung erhält, die er demzufolge selbst errechnen muß, und die es keine Berufungsinstanz gibt.

Für die Berechnung der Broststeuer sind folgende Vorschriften in Betracht zu ziehen:

1. § 2 des Brotpersonsversorgungsgesetzes.
2. die allgemeinen Vorschriften der Reichsausgabenordnung.
3. das Zwangsanschlagsgesetz.
4. das Vermögenssteuergebot.
5. das Gesetz über die Berichtigung der Geldentwertung der Steuergesetze.
6. das Reichsteuerblatt Nr. 23 vom 29. Dezember 1922,
7. das Reichsteuerblatt Nr. 6 vom 17. März 1923,
8. der Erlass des Reichsministers der Finanzen III C 7000 vom 11. Juni 1923,
9. der Erlass des Reichsfinanzministers der Finanzen III C 9000 vom 23. Juli 1923.

Der Besteuerung unterliegen nach diesen Vorschriften und Verordnungen alle Vermögen, die der Zwangsanschlag unterlegen haben. Eventuelle Veränderungen seit dem Stücktag der letzten dem 31. Dezember 1922, werden nicht berücksichtigt; die Broststeuer ist somit auch dann zu zahlen, wenn die am 31. Dezember 1922 bestehenden Werte inzwischen aufgezehrt sind. Broststeuerpflichtig sind auch diejenigen Vermögen, die infolge der Wirkung der abgabefreien Teile in die Freigrenze der Zwangsanschlag fallen. In diesem Falle ist die Berechnung der Broststeuer so vorzunehmen, daß von dem zwangsanschlagsfähigen Vermögen die abgabefreien Teile abziehen sind. Von dem dann verbleibenden Rest ist der Zwangsanschlagsbetrag neu zu errechnen und das Zehnfache dieses Betrages als erste Rate der Broststeuer zu zahlen.

Bereit ist der Steuer in derjenigen Teil des zwangsanschlagsfähigen Vermögens, der aus Vermögensständen der im § 24 a Abs. 2 des Gesetzes über die Zwangsanschlag bezeichneten Art besteht. Wer die Berechnung im Auftrag nehmen will, muß gleichzeitig mit der Zahlung mit uns Uraufgabe dieser Vermögensgegenstände nachweisen. Der Reichsfinanzminister erklärt sich aber damit einverstanden, daß dieser Nachweis auch noch im Laufe des Monats August gemäßigt werden kann. Wenn in der Zwangsanschlagsaufklärung des Vermögens bereits so spezifiziert ist, angegeben ist, daß eine weitere Uraufgabe nicht mehr erforderlich ist, so wird in solchen Fällen der abgabefreie Teil abziehen können. Wenn in der Zwangsanschlagsaufklärung des Vermögens bereits so spezifiziert ist, angegeben ist, daß eine weitere Uraufgabe nicht mehr erforderlich ist, so wird in solchen Fällen der abgabefreie Teil abziehen können.

Was ist nun abzuzahlen? Der Reichsfinanzminister gibt im Erlass III C 9000 vom 23. Juli 1923 dem § 24 a Abs. 2 des Zwangsanschlagsgesetzes die Auslegung, daß alle diejenigen Vermögensstände frei sein sollen, die der Gesamtvermögenswert nicht höher als die Uraufgabe der abgabefreien Gegenstände ermittelt ist, so wird in solchen Fällen der abgabefreie Teil abziehen können. Hierzu gehören alle aus Mark lautenden Forderungen, wie Hypotheken, feittzinsliche Wertpapiere, Sparkassenkonten, deutsches Bargeld und ausländisches untergarantisches Geld, ferner Mietwohngrundstücke, Wissen mit einem Wehrbeitragswert bis zu 50 000 Mark und Bau land wegen der Zwangsbewilligung und der befristeten Baumfälligkeit. Räumen auf dem Kapitalvermögen zur Zwangsanschlagsfähigen Vermögen abgabefreies Vermögen enthalten ist, bei der Berechnung des broststeuerpflichtigen Reinerlöses nicht immer voll zum Abzug gebracht werden. Hier ist vielmehr zu unterscheiden, ob die Schulden oder Kosten in wirtschaftlicher Beziehung zu bestimmten Vermögensgegenständen stehen, oder ob diese Schulden auf dem Gesamtvermögen des Steuerpflichtigen gleichmäßig ruhen.

Eine Abzession von Vermögen löst der Reichsfinanzminister nicht zu, wenn es sich um einen Bestandteil des Betriebsvermögens handelt, der in der Regel aus Waren besteht, die im Dezember vorangegangenen Jahres gekauft und daher als datives Geld aufzutreten sind. Das Gleiche gilt für Bausguthaben.

Eine Stundung oder Eile der Abgabe bietet § 108 der VO und § 21 des Zwangsanschlagsgesetzes die erforderlichen Handhaben. Eventuell Anträge sind sofort zu stellen.

Zu zahlen war bereits zum 1. d. M. das Zehnfache des endgültig festgestellten Zwangsanschlags für jeden Monat der verspäteten Bezahlung bleibt bei der Broststeuer außer Betracht. Wenn ein Fehdeut über die Zwangsanschlag nach nicht vorliegt, so ist die Broststeuer auf Grund der Zwangsanschlags-Erläuterung zu zahlen. Wenn ein Zwangsanschlagsbeobachter zwar vorliegt, aber im Rechtsmittelverfahren angefochten wird, so ist er als endgültig nicht anzusehen, so daß also in diesem Falle ebenfalls nach der Erläuterung zu zahlen ist.

Zurückfließen für die Broststeuer sind die Finanzkassen, nicht die Zeichnungsstellen der Zwangsanschlag.

Für verspätete Zahlungen gelten die Strafvorschriften des Artikels III § 1 des Geldentwertungsgesetzes. Hierarch ist ein Zwangsabzug von monatlich 15 bzw. 30 Proz. (letzteres bei Zahlungen, die länger als drei Monate fällig sind) zu zahlen, wenn der fällige Betrag so spät entrichtet wird, daß die Finanzkasse am 31. August 1923 über diesen Betrag noch nicht verfügen kann.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Zentralverband der Angestellten. Am Freitag, 10. August, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Gewerkschaftssekretär Alfred Dreger spricht über „Werständige Löhne“. Das Erscheinen aller Mitglieder aus sämtlichen Fachgruppen ist dringend erforderlich.

Homatheater. Heute, Mittwoch, und folgende Tage 8 Uhr gelangt das Ierusalemtheater, verboten gewogene Kaiser Wilhelm II.-Bismarckdrama in 3 Akten von Emil Ludwig „Die Entlastung“ mit Richard Ullrich als Kaiser Wilhelm II. und Hans Mühlbauer als Fürst Otto von Bismarck zur Aufführung.

Angrenzende Gebiete.

Kreis im Lübschen. Hier fand am Samstagabend eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Gegen Heimlich Wahl-Landes sprech über die politische Lage. Redner berührte am Schluß seiner Ausführungen, daß es dringend notwendig sei, daß sich die Massen

wirken in demselben Stütze. Besonders würde noch betont, daß der gute Geist, der in der Ortsgruppe Kurau herrschte, es bis jetzt fertig gebracht habe, daß die Kommunisten in Kurau keinen Boden finden für ihre arbeiterfeindlichen Umtreide. Nachdem noch die Kreisbediensteten Schülangelegenheit besprochen war und das Verhältnis der „Herrn Bauern“ scharf kritisiert worden war, beschloß die Versammlung, die Arbeiterschaft solle sich einmäusig an die Kirchentagswahlen beteiligen.

Oldesloe. Pferde schweiften die an der Arbeit. Auf einer Weide an der Lübecker Chaussee schnitten Pferde schweifende vier wertvollen Pferden die Schweife ab. Die Polizei ist den Spitzbüben bereits auf der Spur.

Quakenburg. Leistungsfähige Spitzbüben. Die Stadtverwaltung lädt gegenwärtig die Gaslaternen abmontieren, da Quakenburg elektrische Beleuchtung erhält. Diese Gelegenheit haben sich Spitzbüben zunutze gemacht und zwei der Kandelaber gestohlen.

Hamburg. Die Hamburger Funktionäre beschlossen einstimmig für August einen Monatsbeitrag von 30 000 Mf. für männliche und 6000 Mf. für weibliche Mitglieder zur Einziehung zu bringen. — Auch in Lübeck wird die Partei gezwungen sein, für die zweite Hälfte im August eine Nachzahlung zu fordern.

Hamburg. Der Streit in der Seefischerei endet. Nach fünfzehntägiger Dauer hat der unheilselige Streit in der Seefischerei nunmehr sein Ende gefunden. Die Unterhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben zu einer Einigung und zu dem Ergebnis geführt, daß nach dem Laufe des gestrigen Tages die ersten Dampfer der ausliegenden Hamburg-Altonaer Fischdampferflotte ihre Fangreisen angestellt haben. In den Fischereihäfen herrscht lebhafte Tätigkeit, um die Dampfer freizustellen zu machen, damit sie in möglichst kurzer Zeit auf die Reise geschickt werden können. Auch die Fischdampfer in Kuhhaven, Geestemünde und Bremerhaven werden, wie uns von dort gemeldet wird, noch im Laufe des heutigen Tages die Häfen verlassen und in See gehen. Innerhalb werden noch einige Wochen verstreichen, ehe reichliche Fischzufuhren an den deutschen Märkten zu erwarten sind.

Hamburg. Schweinemarkt. Der Hamburger Schweinemarkt war heute mit 1560 Stück besetzt. Es wurde gut gebadet. Die Lebendmarktfamilie hatte für heute Schweine 140 000 bis 150 000 Mf. als Rücksicht festgelegt.

Hamburg. Der Hamburger Arbeiterstreit ist beendet. Im Arbeiterstreit wurde heute Dienstag der Spruch der Bezirksdienststelle mit 2366 Stimmen gegen 1489 Stimmen angenommen. Der Streit ist damit beendet, und die Arbeit wird morgen Mittwoch wieder aufgenommen.

Wandsbek. Der neue Wandsbeker Polizeichef. Zum Regierungsrat ernannt und mit der Leitung des staatlichen Polizeiamtes beauftragt wurde der bisherige sozialdemokratische Bürgermeister Werner.

Hamburg. Großfeuer im Hamburger Hafen. Feuer brach in der vergangenen Nacht am Lübecker Ufer im Hafen auf einem Leichter und einer daneben liegenden Schute aus. Die Kapitulation des Leichters wie die Feuerleitung der Schute, beide von ungehemtem Werke, wurden ein Raub der Flammen.

Bremen. Zur Ernährungsnot. Der Landbund Oldenburg-Bremen und der Oldenburger Schrottmischer wenden sich mit einem Aufruf an die Landwirte, in dem es u. a. heißt: „Wir erwarten von unseren Mitgliedern, daß sie ihrerseits alles tun, was in ihren Kräften steht, um die große Not in den Städten zu lindern. Schafft Kartoffeln und Gemüse an die Plätze, in Hotel und so bald vor nur dazu in der Lage sei. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten der Ernährungsfrage während des Übergangs von der alten zur neuen Staat infolge des Aufreinbruches unserer Feinde und der Veränderung der Ernte in diesem Jahre besonders groß sind und nur fruchtlich gestaltet werden können, wenn alle Kreise ihr Möglichstes dazu beitragen.“ Hoffentlich mit Erfolg.

Rendsburg. Ein französisches Bomberangriff endet. Am Sonnabend landete auf einer Koppel des kleinen Rendsburg und Kiel im Kreis Rendsburg am Kaiser-Wilhelm-Kanal beladenes Gutes St.-Königstor ein französisches Bomberangriff. Die Besatzung bestand aus einem französischen Kapitän und einem Leutnant. Sie sind angeblich in Kreisfeld aufgegangen und wollten nach Gotenburg in Schweden. Von der deutschen Fliegerei wurden sie die Erlaubnis erhalten haben, deutsches Gebiet zu überfliegen. Sie waren zur Notlandung gesungen wegen eines Lecks im Deltor. Das Flugzeug ist beschädigt. Die beiden Offiziere befinden sich im Gefängnis zu Rendsburg. In Bord befanden sich drei Bomben. Kein Anklage des Angriffs handelt es sich nur um Versuchsbomben.

Sachsen. Die hohen Münzpreise. Der Verein Sachsen-Holsteinischer Aerzte macht auf die hohen Münzpreise aufmerksam, die für die Volksernährung in den ungeheuren und unangenehmen Steigerung der Münzpreise liegt, und fordert von den zuständigen Behörden geeignete Maßnahmen gegen die drohende Verkürzung des Lebens der Säuglinge und der stillenden Mütter. — Sehr lästig, ob es was helfen wird?

Heide. Ein Brand in ein Kronenhaus. Einbrecher entdeckten nächtlicherweise beim brennenden Kronenhaus einen Beton und brachten dort Wasser, vor allem Kühlzubehör und Handtücher. Sonderbar ist, daß die Feuerwehrleute dort nichts gesehen haben.

Barlöne für die Bauarbeiter.

Die Kielser Gauleitung des Bauarbeiter-Verbandes fordert uns: Zur Erreichung der Ziele, die in der 18. Februarversammlung zum Bauarbeiterfest vorgelegten Grundsatz gilt für die Zeit vom 1. bis 10. Februar 11. Februar kommt Kielser Sonderabteilung vom Sonnabend der Woche noch 1500 000 Mf. zu.

5. Norddeutscher Mieterstag.

Am Sonnabend und Sonntag lagte in Neuミュnster der 5. Norddeutsche Mieterstag. Der Weiße Saal der Tropfzelle war bei öffentlicher Tagung gewidmet, die auch die Freie Sozial-

gesundheit und Wohnung behandelte. Kreisrat Dr. Engelsmann in Kiel führte aus: Die Wohnungsfrage ist von entscheidender Bedeutung für die leibliche und seelische Gesundheit des Volkes. Dreimal jährlich sterben in Deutschland, suchten nicht zu durchfließen und zu engen Wohnungen, als in gefundenen Wohnungen. Ruhr, Typhus, Paratyphus werden in ungünstigen Wohnungen durch Infektion übertragen, vor allem die Tuberkulose. Lungenkrebs erzeugt die englische Krankheit, an der viele Säuglinge sterben, an deren Folgen ungünstige Schulbildung leiden. Darum für jede Familie eine Einzelwohnstätte, ein Doppel- oder Reihenhaus in der Gartenstadt. Mögen alle Kreise ernstlich an den Werke mithelfen, unser Kindern gefundene Wohnungen zu schaffen und zu erhalten.

Über Soziale Fortentwicklung des deutschen Wohnrechts sprach sodann Oberpolizeipräsident A. Meyer: Die soziale Gesetzgebung vor dem Kriege hat den Werkverträgen die Unfall-, Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung, die Unfallversicherungsvorschriften, die Auswendungen über Beschäftigung der Kinder und vieles andere sehr reich hinzugefügt. Wir haben im Warenmarkt Schutzälle zugunsten der heimischen Landwirtschaft, Einfuhrverbote usw. gehabt. Die Verkaufsstätte war geregt, die Sonntagsarbeit eingeschränkt. Nur im Wohnwesen konnte die freie Wirtschaft der Vorkriegszeit unser deutsches Mietervolk hemmungsfrei in das fürstbare Mietstädtern-Wohnraumsektor führen. Erst der Mietewucher im Kriege, die Obdachlosigkeit von Kriegerfrauen, Kriegerkindern, Witwen, Waisen und Kinderreichen haben einen düstlichen Mieterkultus eingeleitet. Was davon im Reichsmarsch, im Mieterschutz, im Wohnungsmangel, im Überbevölkerungsgelehrte folgte, und bisher erhalten wurde, darf dem deutschen, zu 90 Prozent als Mieter wohnenden Volke nicht wieder genommen, es muß in sozialer Reform weiter entwickelt werden.

Die Frage Wohnungsaufgabe oder zinsloses Geld beherrschte Städte. Augsburg-Kiel. Nach eingehenden Darlegungen über die Begriffe Geld, Miete, Rente und Kapital meint Redner treffend nach, daß bei der jetzigen Teuerung eine Finanzierung von Neubauten weder durch die freie Wirtschaft, der niemand Leibgeld gebe, noch mit den bisherigen unzureichenden Mitteln der Wohnungsaufgabe oder verlorenen Baufestzuschüsse nicht mehr möglich sei. Die 1920 von Kiel ausgegangene Forderung des zinslosen Baugeldes, der Heimstätten-Darlehnsklassenscheine, müsse aufs neue energisch erhoben werden.

In der nichtöffentlichen Tagung am Sonntag im Cäcilium wurden die Vorträge, serner die Mietpreistegelung im Norddeutschen Verbundsgebiet, die ungeheure Gefahr, die für die Werkstatt, Laden, Kontor- und Lagermieter augenblicklich von der Häuserspekulation vorbereitet wird, darauf, daß die Vorbereitungen für das am 1. Oktober 1923 in Kraft tretende MieterSchutzgesetz, die Stellung der Mietervereine zu den Gemeindewahlen und die Tagesordnung des 18. deutsches Mieterfestes in Dresden besprochen. Der 6. Norddeutsche Mietertag soll 1924 in Hamburg abgehalten, im Notfall soll eine außerordentliche Versammlung der Vorstände norther einberufen werden. Der Vorstand des Verbündes Norddeutscher Mietervereine behält seinen Sitz in Kiel.

Folgende Entschließung fand Annahme:

1. Der Verbund Norddeutscher Mietervereine, die einheitliche Organisation der Wohnungs-, Laden-, Werkstatt-, Kontor- und Lagermieter in Schleswig-Holstein, dem Gebiete der Unterelbe und den Hansestädten, tritt ein für soziale Fortentwicklung des deutschen Wohn- und Siedlungsgesetzes, für Beseitigung des Wohnungsmangels und für schnellste Unterbringung der Wohnungslosen durch volksfreundlichen Neubau.

2. Von der Bewirtschaftung des einmal vorhandenen, heute noch nicht entbehrlichen Mietstädternbestandes müssen die Schäden des vorzeitlichen Wohnrechts, a) Mietewucher, Häuserhandel und Überbeschaffung, Reparaturverzögerung, Obdachlosigkeit der minderwertigen Familien und der gewerblichen Mieter in Zeiten des Wohnungsmangels, b) Abhandeln, Zwangsversteigerungen, Hypothekendarlehen, Überdröhren auf Frau und Kinder, Offenbarungseide bei Wohnungübertritt, c) schlechte Bauausführung, Bauzwang und dergl. zu allen Zeiten künftig ferngehalten werden.

3. Bei dem zur Beseitigung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit unter Befreiung des Boden- und Bauhoffmuthers mit allen tauglichen Mitteln zu fördernden Wohnungsbau ist der neuen, unvölkischlichen Mietstädtern ohne Sonne, Luft, Garten, Freiheit die billige, wirtschaftlichere Form der gartenumgebenden Heimstätte vorzuziehen. Sie ist überall möglich, wo man sie ernstlich will.

4. Die genossenschaftliche Form des Wohnungswelns ist geeignet, die vermehrte Spekulation mit dem Obdach und Boden des deutschen Volkes auszufließen.

5. Das Reichsmietengesetz ist noch den von dem einsichtigen, sachkundigen und mildsartigen Minister Tegener gegebenen Linien durchzuführen. Die Hausbesitzer müssen gezwungen sein, alle Reparaturarbeiten wirklich zu Reparaturen logisch und sachgemäß zu verbrauchen; sie dürfen nicht innerhalb zum Verfall der Hörner und Wohnungen ausgereizt werden. Mit dem Ausgleichsfonds im Kinderrentmittel zu helfen. Die Beitrabstätten sind so festzulegen, als künftig begründet ist. Abrechnung und Mietervertretung sind dringend erforderlich. Den neuen Zehntel Volksgenossen, denen die Rentenpreise Sparzufüllen, Kriegsleihen, Hypothekendarlehen, Lohn und Gehalt entweder, soll man nicht zumutzen, durch ungewöhnlich hohe sogenannte Verwaltungskosten des deutschen oder fremden Handelsforschers, möglicher die kleine Hausbesitzeranzahlung auf den Goldwert des ganzen Hauses aufzuhören. Gegen die unzählig hohen Zuläufe, die das Wohlfahrtsministerium allgemein, die Regierungspräsidienten in einzelnen Fällen zugestellt, ja sogar selbst festgelegt haben, zum Teil über die Sache der Hausbesitzerfreundlichen Mogulatate hinzu, legt der 5. Norddeutsche Mietertag entschiedene Verwarnung ein. Den Haft befreien gewerblichen Mieter, da aller Mieterkultus, auch der gegen Mietzucker, ungehmäler zu erhalten.

6. Das Mieterkultusmaß dieser Wohnungs- und gewerblichen Mieter, die ihre Miete zahlen, niemand belästigen, Raum- und Gemehraum ordnungsgemäß gebrauchen, vor militärischer ungetreuer Kündigung kündigen.

7. Das Überbevölkerungsgelehrte ist energisch zu handhaben.

8. Artikel 155 und 156 der Reichsverfassung sind im Wohnraum unter angemäger Veröffentlichung der Verhältnisse von Großstadt, Stadt und Land durchzuführen. Der Abbau der Wertzunahme bei Mietzunahmen der Hausverkäufer ist unzulässig.

9. Mit gleichem Geld unter Ausgabe von Heimstätten-Dar-

lehnstättenschein, durch produktive Erwerbsorientierung und durch Sparzwang für Jugendliche sind Mittel für Wohnungsbau zu beschaffen. Land und Haus sind deren sicherer Deckung.

10. Die Mietervereine, selbst politisch und religiös streng neutral, rufen alle politischen Parteien, alle Gewerkschaften, Fachvereine, Innungen usw., alle öffentlichen Körperschaften und die Preise zur Mitarbeit für volksfreundliches Wohnrecht und volksfreundlichen Wohnungsbau auf. Jeder Marschender Wohnungs- und gewerbliche Mieter muß in seiner Partei, in seiner Gewerkschaft, in seiner Zeitung, bei seinem Abgeordneten unablässig die Mieterinteressen vertreten, wachsam das öffentliche Leben beobachten und rechtzeitig eingreifen.“

Gewerkschaften.

Die sozialpolitische Gesetzgebung. Einer der besten Kenner unserer Sozialpolitik, Prof. Dr. Kastel, hat im Auftrag des Reichszentrals für Heimatdienst eine kleine Schrift unter obigen Titel verfaßt, die eine gedrängte Uebersicht über die reichsdeutsche Sozialpolitik gibt. Auf 20 Seiten sind Entwicklungsgang und Inhalt von Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Arbeitsvertragsrecht, Arbeitsvertragsrecht und das Recht über Arbeitsstreitigkeiten geschildert und damit wird eine Einführung in diese vielseitige Materie gehabt, wie wir sie fürz und klar in gefunden haben. Das Büchlein schließt mit einem Ausblick auf die im Bereich begriffenen Gesetze, besonders auf das einheitliche Arbeitsgesetz ab, zu dessen hervorragendster Mitarbeiter der Verfasser gehört. — Wenn die Zentrale für Heimatdienst die Aufgabe verfolgt, allen Deutschen ihre Heimat bekannt und lieb und wert zu machen, so könnte sie dieses Ziel nicht besser erreichen als durch diese Einführungsschrift in die deutsche Sozialgesetzgebung, jene Gesetzgebung, die sicher dazu beiträgt, Deutschland die Stellung in der Welt wieder zu verschaffen, auf die es Anspruch hat.

Sport.

Im Donnerstag, dem 9. 8., abends 6½ Uhr stehen sich die 1. Mannschaften B. S. Bormanns und T. T. B. auf dem Rosenthalhof gegenüber, um kurz vor Anfang der Serie noch einmal ihre Kräfte zu messen. Im Hinblick auf den hier zu erwartenden guten Sport werden hierdurch sämtliche Sportler und Freunde der Arbeitersportbewegung um zahlreichen Besuch gebeten. H. Müller. (5060)

Gruppe Büdels. Funktionärsfahrt am Mittwoch, 8. August, abends 8 Uhr, bei Lender. Restloses Erscheinen ist Pflicht. G. S.

Verein „Arbeiter-Jugend“. Mittwoch, 8. „Der sozialistische Gedanke und seine Entwicklung“, Ref.: Gen. Jander. Sonntag, 12. morgens 6 Uhr, Fahrt nach Travemünde. Abends Tanz und Bratspiele. Mittwoch, 15. „Entstehung und Geschichte des Briefes“, Ref.: Herr Satow. Sonntag, 19. morgens 6 Uhr, Fahrt nach Rethen. Abends Tanz. Mittwoch, 26. „Jugend und Republik“, Ref.: Gen. Weiß. Sonntag, 26. Landheim (Alt. Stadt). Nachmittag: Balingen Heider. Abends: Buntamshof. Mittwoch, 29. Diskussionsabend: Unser Lied.

Abteilung Marl. Mittwoch, 8. Vortrag: „Die Entwicklung der Zeitung“, Ref.: H. Steinberg. Freitag, 10. Rezensionsgruppe. Sonntag, 12. Fahrt ins Landheim (ab Sonnabend 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr). Abends: Tanz und Spiel auf dem Schuhhof. Mittwoch, 15. „Die Wacht der Presse“, Ref.: Dr. Leber. Freitag, 17. Sitzung der Wanderkommission, Rezessionsgruppe, Musikgruppe. Sonntag, 19. Wanderung nach Segeberg (ab Sonnabend 7 Uhr, Sonntag 6 Uhr). Mittwoch, 22. Vortrag: „Zeichen der Zeit“, Ref.: O. Passarge. Sonntag, 26. Wandern nach Hohenwicke. Abends 5 Uhr morgens und 2 Uhr nachmittags. Abends: Heiterer Vortragsabend. Mittwoch, 29. Abendspaziergang ins Depener Moor. Dortselbst Vortrag von Lehrer Schermer: „Die Geheimnisse des Moors“. Ab 7½ Uhr: Heim. Freitag, 31. Musiggruppe, Sitzung der Wanderkommission. Jeden Dienstag und Donnerstag: Musigspiele auf dem Jugendspielplatz.

Gemeinsame Veranstaltungen. Donnerstag, 16. Sitzung der Wanderzentrale. Freitag, 17. Gemeinsame Sitzung der Wanderkommissionen. Sonnabend, 18. Landheimfahrt des Landheimausschusses. Arbeitsgeräte mitbringen! Sonntag, 19. Bunter Abend im Heim Holstendorf (Bahnhof). Freitag, 24. 7 Uhr: Sitzung der Funktionäre; 8 Uhr: Gemeinsame Mitgliederversammlung aller Abteilungen. (Bericht von Erlangen und Nürnberg) Sonntag, 26. Wandern der Wanderkommission in die Heide unter Führung des Lehrers Blohm. Ab 4 Uhr morgens. Jeden Donnerstag: Reigentübungsabend in der Turnhalle des Lehrerseminars.

Sonnabend, 11.: Verhafungsteier im Gewerkschaftshaus 7½ Uhr. Faschzug. Faseln werden gespielt.

Quittung.

Für den Kampfond's gelten ein: Belegkast 2. M. 5. Rate 512 700. H. S. 73 50 000. M. 5000. D. S. 10 000. Belegkast Drägerwerk 2. Rate 114 000. Durch R. Meyer 85 000. Arbeiter der Holzfäller Ewers 59 000. Tischlerei Tiefkuh 355 000. R. D. 20 000. C. M. 10 000. H. S. 100 000. Handarbeiter Dampfer „Oberstrom“ 295 000. Werkmeister der Kochischen Werk 85 000. B. 20 000. Bader der Genossenschaftsbäckerei 400 000. Durch Möllermann 126 000. Durch Niemann von den Strohgrätzen 314 743. S. 10 000.

Das Belegschaftskontor.

Zur Erhaltung der Schuhe!

Ein ganzes Vermögen kostet jetzt ein Paar neue Schuhe, weshalb man sich um so mehr des großen Wertes der Fußbekleidung bewußt wird und größtes Interesse daran hat, die Schuhe vor der zeitigen Altersschwäche zu bewahren. Um dieses zu erreichen, darf man deshalb nicht den ersten besten Schuhpulz kaufen, sondern man muß reiflich überlegen, welche Schuhcreme die zweitmäßig ist. Nur solcher Schuhpulz, der genügend Fett enthält und in die reinen Fäden des Leders eindringt, garantiert die Haltbarkeit derselben, und hält vor dem Eindringen von Wasser. Abflock Sicherheit bietet in bezug auf Zusammensetzung das weltbekannt „Nigro“, welches in seiner erstklassigen Qualität sich stets gleich bleibt und unübertroffen darstellt.

Was ist Feurio?

Feurio ist der wahre Feuerzuf, bedeutet Gefahr. Ihre Wäsche leidet mehr durch häufiges Waschen mit scharfen Waschmitteln als durch den Gebrauch. Verwenden Sie daher nur hochwertige Seifen, die frei sind von schädlichen Alkalien. Feurio Handwaschseife enthält 80% Fett, schont daher die Wäsche und ist sparsam im Gebrauch.

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.G.

